

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustration Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Listung.  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7678.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserations-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 je oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 23. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Agrarier und Centralverbändler.

Die freisinnige Presse, besonders der wadenstrümpferischen Richtung, gefällt sich noch immer darin, über den von dem Freiherrn v. Wangenheim bekundeten Entschluß zu frohlocken, von der Leitung des Bundes der Landwirte zurückzutreten. Mit nativer Genugthuung wird aus diesem Rücktritt die Folgerung gezogen, daß zwischen der ungestümen Leitung des Bundes der Landwirte und den gräflich-diplomatischen Führern der Agrar-Konservativen Differenzen entstanden sind, die es dem Bündler-Strategen mehr als zweifelhaft erscheinen lassen, daß der Bund der Landwirte seine bisherige Rolle in der agrarischen Bewegung weiter spielen wird. Beschränkte sich das Frohlocken nur darauf, daß mit Wangenheim ein im Vergleich zu den Herren Fohn und Rösche repräsentables Mitglied des Bundes-Trifoliums die Fahne verläßt und dadurch das Bündlertum einen Schlag erleidet, so wäre das freisinnige Geschwätz — wenn auch der Person Wangenheims damit allzu viel Bedeutung beigegeben würde — immerhin erträglich. Thatsächlich aber ergibt sich aus den langen Erörterungen, daß die freisinnigen Politiker in den zwischen der Wangenheim'schen und der Rantig-Schwerin'schen Richtung entstandenen Differenzen eine günstige Wendung der Zolltarif-Frage erblicken. Die superklugen Leute sehen nicht, daß es sich bei diesen Differenzen nur darum handelt, ob gegenüber dem Verhalten des Centralverbandes deutscher Industrieller die bisherige Opposition gegen den Regierungszolltarif-Entwurf fortgesetzt werden soll, oder ob die Versuche neu aufgenommen werden sollen, mit den Centralverbändlern zu einer Verständigung zu kommen. Wer sich die Auslassungen der konservativen Blätter und vornehmlich der kleineren konservativen Organe, der Landratspresse, näher ansieht, der findet bald, daß seit etwa zwei, drei Wochen eine gewisse Schwankung sich in ihnen vollzieht. Geht auch diese Presse keineswegs so weit wie die „Elbinger Ztg.“ und das „Breslauer Kreisblatt“, in dem jüngst die Apostel des Bundes der Landwirte mit socialdemokratischen Agitatoren verglichen und die im Circus Busch gehaltenen Ansprachen a la Dohrenbein bezeichnet wurden, so findet sich doch in ihr die Ansicht vertreten, daß ein starres Festhalten an der bisherigen Politik nicht angebracht sei und eine Verständigung mit der „Industrie“ gesucht werden müsse. Und nichts anderes, als daß diese diplomatischere Richtung des Agrar-Konservatismus die Oberhand erlangt hat, bedeutet die Wangenheim'sche Resignation.

Hierin aber eine günstige Wendung im Sinne der Gegner der Regierungsvorlage zu erblicken, vermag nur der, der völlig mit politischer Blindheit geschlagen ist. Daß die verrückten Forderungen des Bundes der Landwirte, ein Minimalzoll von 7,50 Mark für Weizen und Roggen, Gesetz werden konnten, war von vornherein ausgeschlossen. Es konnte sich bestenfalls immer nur um eine sogenannte mittlere Linie zwischen der jetzigen Zollhöhe und den Zollforderungen der Bündler handeln, und daß auf dieser mittleren Linie, vielleicht mit einer leichten weiteren Verschiebung derselben nach rechts, nun doch ein Kompromiß zwischen den Agrariern und Centralverbändlern zu Stande kommt, ist keineswegs ausgeschlossen. Beide Parteien haben nie ganz aufgehört, auf eine solche gegenseitige Verständigung hinzuwirken. Das Eintreten der konservativen Mitglieder der Zolltarif-Kommission für die Herabsetzung der Baumwollgarn-Zölle war nicht von wirtschaftlichen Bedenken diktiert; es war allein von der Absicht bestimmt, dem Centralverband zu zeigen, daß die wichtigsten seiner Interessentengruppen nicht zu den gewünschten Zöllen kommen würden, wenn er in Bezug auf die agrarischen Forderungen sich nicht zu Konzessionen verstünde. Die konservativen Blätter sprachen das damals deutlich aus und haben seitdem nicht aufgehört, bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit die Mahnung in allen möglichen Variationen an die Centralverbändler zu wiederholen; erst vor wenigen Tagen schrieb nach Annahme der Papierzoll-Erhöhungen in der Tarifkommission die „Kreuz-Zeitung“:

Eine Warnung aber enthält der gestrige Vorhang für unsere Freunde: noch stehen wichtige Positionen zur Veratung aus, so namentlich die Abschnitte sieben und achtzehn, die unter andern die verschiedenen Zweige der Eisenindustrie, Maschinenfabrikation und Elektrotechnik behandeln. Hier sei für unsere Freunde Vorsicht geboten; die Eisenindustrie ist bereits derart durch Zölle im alten Tarif und noch mehr im neuen Tarif gefährdet, daß ein Hinübergreifen über die Regierungsvorlage schwerlich angebracht erscheint; jedenfalls aber gebe man den Vertretern der Industrie zu verstehen, daß wir konservativen nicht gewillt sind, für sie zum Sprungbrett zur Erreichung ihrer Forderungen zu dienen, um dann, sobald es gilt, notwendige Ansprüche der namentlich durch ausländische Konkurrenz in Bedrängnis geratenen deutschen Landwirtschaft durchzusetzen, von den Vertretern der Industrie in Stich gelassen zu werden. Wir wollen keine Politik des „do ut des“, aber wir fordern auch von den Vertretern der Industrie die Anerkennung des Wortes: „was dem einen recht ist, ist dem andern billig!“

Andererseits haben aber auch die Centralverbändler nie aufgehört, trotz allen Zwißigkeiten, mit der Wahrheitsliebe des Zustandekommens eines Zollschaders zu rechnen. Und als kürzlich die „Deutsche Industrie-Zeitung“ in einem Artikel der Regierung empfahl, über den Kopf des Reichstages hinweg mit den Vertragsmächten in Handelsvertrags-Verhandlungen einzutreten und an diesen Artikel von seiten freihändlerischer Blätter die

Folgerung geknüpft wurde, der Centralverband deutscher Industrieller begünne einzusehen, daß es mit Hilfe der Agrarier nicht gehe, mußten einige Tage darauf die „Berliner Neuesten Nachrichten“ eine längere Entschuldigung an die Adresse der Agrar-Konservativen richten, in der es hieß:

„Dieser gelegentliche Ausbruch des Unmuts hatte sicherlich nicht die Bedeutung, die man ihm auf freihändlerischer Seite unterzulegen suchte, daß nämlich die schutzzöllnerische Industrie nun eine grundsätzliche Schwankung mache und wegen erkannter Ausschichtslosigkeit einer Verständigung mit den Agrariern und einer gezielten Erledigung des Zolltarifs die mühselige Arbeit langer Jahre in Stich lasse.“

Vorerst verhalten sich allerdings beide Kontrahenten noch etwas spröde. Sind nach Bismarck's Ausspruch, die Konservativen gute Kostgänger, so verstehen sich auf der andern Seite die Centralverbändler nicht minder auf die Künste der höheren Schachermachei. Vorläufig wird noch geseilt, und jede Partei sucht dabei nach bekannter Manier den Anschein zu erwecken, als würde sie, wenn der andre nicht nachgäbe, lieber auf den ganzen Handel verzichten. Es ist sogar höchst wahrscheinlich, daß, um dem Centralverband die Unentbehrlichkeit der agrarischen Zustimmung noch deutlicher zu veranschaulichen, die Konservativen in der Zolltarif-Kommission auch bei den Eisenzöllen für starke Herabsetzungen stimmen werden. Erst bei der zweiten Lesung dürften sich die wahlverwandten, profitgungrigen Seelen zum schönen Bund zusammenfinden.

Daß aber die Regierung, wenn sich beide Parteien einigen und gegen hohe Gegenkonzessionen die Centralverbändler sich bereit finden lassen, für dieses oder jenes landwirtschaftliche Produkt noch 50 Pf. an Zoll mehr zu bewilligen, beiden einen Strich durch die Rechnung machen könne, erscheint fast ausgeschlossen. Den von den verschiedenen Ministern abgegebenen Versicherungen, die Regierung werde um keinen Pfennig über die Zollhöhe der Regierungsvorlage hinausgehen, ist kaum ein anderer Wert beizumessen, als der beim Hofen- und Rohhandel üblichen Bekräftigung: „Bei Gott, ich verdiene nichts daran, daß kostet's mich selbst!“

### Vergangene Woche.

Zu Ramen des Königs!

In der Strafsache gegen 1. den Medicoeur Robert Schmidt in Berlin, geboren am 15. Mai 1864 in Berlin, keiner besondern Religionsgesellschaft angehörig, 2. den Medicoeur Paul Joch in Berlin, geboren am 27. April 1868 in Berlin, keiner Religionsgesellschaft angehörig, wegen öffentlicher, mittels der Presse verübter Verleumdung, hat die 7. Strafkammer des königlichen Landgerichts I in Berlin in der Sitzung vom 2. Dezember 1901, an welcher teilgenommen haben: Voigt, Landgerichts-Direktor, als Vorsitzender; Busch, Groditzke, Heig, Paudsch, Landgerichts-Räte, als beisitzende Richter; Steindreich, Staatsanwaltschafts-Rat, als Beamter der Staatsanwaltschaft; Kuskat, Referendar, als Gerichtsschreiber; für Recht erkannt: Der Angeklagte Schmidt wird wegen Verleumdung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Joch wird wegen Verleumdung in zwei Fällen zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Generalmajor v. Kettler und dem königlich preussischen Kriegsminister wird die Befugnis zugesprochen, und zwar ersterem in Bezug auf den Angeklagten Schmidt, letzterem in Bezug auf den Angeklagten Joch, die Verurteilung der betreffenden innerhalb 4 Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils im „Reichs-Anzeiger“ und „Vorwärts“ (redaktioneller Teil) je einmal auf Kosten der Angeklagten zu veröffentlichen. Ingleich sind alle noch vorfindlichen Exemplare der betreffenden Nummern des „Vorwärts“ sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Blätter und Formen unbrauchbar zu machen, soweit sie die strafbaren Stellen enthalten. Die Kosten des Verfahrens sollen den Angeklagten zur Last.

Berlin, den 21. Juli 1902.

Für richtige Abschrift Münch, Sekretär.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juli.

#### Steinwürfe in der Zollkommission.

Die industriellen Hochschutzzöllner möchten die Regierung gern in die Enge treiben und ahmen die Praktiken der Agrarier bei der Beratung der Getreidezölle nach, d. h. sie drücken höhere Zölle, als sie die Vorlage enthält, in der Kommission durch. Das macht die Regierungslente nervös. Am Dienstag lag ihnen noch der Verrger über den gestern beschlossenen Pflastersteinzoll in den Gliedern, da rückten heute die Mehrheitsparteien mit neuen Anträgen auf Erhöhung der Zölle auf Mauersteine vor, unterstützt vom badischen Bundesrats-Bevollmächtigten, der heute so aus der Reihe tanzte, wie gestern der sächsische bei den Pflastersteinen. Das stieß dem Hoh den Boden aus. Graf Posadowsky trat zornig gegen diese Partikular-Interessenwirtschaft auf, nachdem vorher der hamburgische Bundesrats-Vertreter seinem sächsischen Kollegen eine Pistole über sein gestriges Verhalten vorgelesen hatte. Besonders schlecht kam aber der „Professor“ Paasche weg, der am Montag dem Staatssekretär entgegengetreten war und deshalb heute wie ein Säulbube abgelangelt wurde. Paasche schüttelte sich und — hielt eine Schmeichelei auf Posadowsky.

Dieses Intermezzo belustigte die Linke aufs beste, kam doch bei diesem Streit der Zöllner untereinander die Auffassung der Linken zur Geltung, daß bei der Zollschrauberei die Kulturinteressen des Landes geschädigt werden zu Gunsten einer Anzahl Interessenten von Industrie und Landwirtschaft.

Drollig geberdete sich dabei der in die Kommission eingetretene Abg. Schrempf, der diese Interessenwirtschaft der Hochzöllner mit der Behauptung zu verteidigen suchte, mit den höheren Zöllen wolle die Mehrzahl der Regierung Woffen in die Hand geben, denn Handelsverträge kämen mit diesen Zollhöhen kaum zu Stande. Wie bauerischlan!

So muß sich die Regierung mit den eignen Freunden herum-schlagen, die den Haß nicht voll genug kriegen können. Bemerkens-wert ist noch, daß Graf Posadowsky allgemach die Vaterkraft für den Zolltarif ablehnt. Heute betonte er scharf, daß es unrichtig sei, den Tarifentwurf als das Werk nur eines Ressort's hinzustellen, nämlich des Reichsamt's des Innern. Graut es ihm vor den eignen Thaten wie vor den eignen Freunden? —

Die nervösen Erklärungen des Grafen Posadowsky, die unser nachfolgender Bericht wiedergibt, veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ in folgender sensationellen Zuspielung:

Staatssekretär Graf Posadowsky (sehr erregt und hitzig): Keinem Bundesstaat kann man das Recht nehmen, Abänderungen zum Tarif zu empfehlen, dies ist ein unbedingbares Recht der Staaten, das ihnen verfassungsmäßig zusteht. Er müsse freilich dem Vertreter der Handelsstädte darin zustimmen, daß Einzelinteressen die Kommissionsmitglieder nicht vertreten dürfen, sonst kommt das Werk ins Wanken. Er erklärt der Öffentlichkeit gegenüber es für Erfindung, daß in Zeitungen usw. gesagt worden sei, der Tarif sei aus einem Reshört herausgegangen, es haben sämtliche Reichs- und einzelnen Staatsministerien dabei mitgearbeitet. — Dem Herrn Professor Dr. Paasche, der gestern so lebhaftwütend gegen ihn los-gesprochen sei, müsse er entgegen, daß er (Staatssekretär) annehme, schon etwas länger wie Herr Paasche im Parlamentarismus und im Staatsdienste zu stehen, um beurteilen zu können, dies und das verstoße gegen die Landeskultur-Interessen. Er habe politische sicher mehr Einsichten und Verstand, wie Herr Prof. Dr. Paasche. Zum Schluß sagte Graf Posadowsky folgende wichtige und inhalt-schweren Worte: **Trotz vielfacher, lebhafter und eindringlicher Warnungen, die von mir ausgegangen sind, hat die Kom-mission Erhöhungen gegenüber der Vorlage beschlossen. Dies muß ich schmerzlich bedauern. Ich kann Ihnen ver-raten, meine Herren, daß ich glaube, unser Zolltarif kommt niemals zu Stande.** (Allgemeine Verblüffung und Stillschweigen, auf den Gesichtern der Socialdemokraten spiegelt sich etwas Schadenfreude wieder.)

Das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ beillt sich, gegenüber anders lautenden Meldungen „festzustellen“, daß Graf Posadowsky folgender-maßen geäußert habe:

„Wenn Sie gegenüber dem Tarifentwurf solche Zollerhöhungen annehmen, wie sie kürzlich beschlossen und heute wieder beantragt sind, fürchte ich, wird unsere handelspolitische Richtung schlech-lich zu schwer werden, um darin erfolgreich zu kämpfen.“

Graf Posadowsky legt offenbar Wert darauf, daß es der Welt bekannt werde, welche poetische Bilder er gebrauchen könne, um den Zollwucher zu empfinden. Im übrigen haben diese Ausdrücke des Wergers wenig Wert. Es ist durchaus natürlich, daß beim Haber um den Beste-Anteil unter den Rumpanen Zwistigkeiten entstehen. Gelegentlich fliegen nicht nur Späne, sondern auch massive Steine — aber für den schließlichen Ausgang sind diese Zwischenfälle belanglos, deren Wert lediglich darin besteht, daß im Jörn allerlei Offenherzig-keiten und Wahrheiten ausgesprochen werden, die sonst in einem dicken Wust beschwerlicher Prosaen verhallt werden.

Diese Posadowsky'schen Nervositäten haben wir wiederholt erlebt, auch der neueste Ausbruch wird nicht der letzte sein. Man muß schon freisinnig sein, Räuber heißen und in Sagan gewählt sein, um zu rühnen, die streitenden Anshändler seien unverzüglich und das Zustandekommen des Zolltarifs schreiere schon an dem Zwist der Zollinteressen untereinander. Die Situation, wie sie im heutigen Leitartikel geschildert, wird durch die gelegentlichen freundschaft-lichen Steinwürfe in der Kommission nicht geändert. Die Zoll-widerer schlagen sich, aber sie vertragen sich auch wieder. Und den Zollgegnern bleibt der Kampf nicht erspart, das Zustandekommen des Tarifs unmöglich zu machen. —

#### Der Epistel-Oberst

Obg. Regierungsrat Hermann Krüger ist im Alter von 66 Jahren gestorben.

Damit ist ein Mensch verschwunden, der in der Zeit des Socialistengesetzes als Kreator Bismarck's in hervorragender Weise die persönliche Verantwortung für all jene verbrecherischen Hand-lungen der organisierten Staatsrererei trug, durch die das auf-strebende Proletariat unterdrückt werden sollte.

Bei der Inscenierung der Affentat'sche von 1878 erkannte Bismarck — wie es in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ heißt — seinen Scharsbild und seine polizeiliche Befähigung. Der Schars-bild bestand darin, daß er mit Bismarck erkannte, das einzige Mittel, die damals beginnende Liebesgaben- und Posthomer-Politik durchzusetzen, bestünde darin, die Socialdemokratie niederzuschlagen. Seine polizeiliche Befähigung aber bewährte er dadurch, daß er die Affentate, mit denen die Socialdemokratie nicht das mindeste zu thun hatte, zu dem Material falschte, das die Notwendigkeit des Ausnahme-gesetzes beweisen mußte.

In den schmutzigsten Händen der Socialistengesetz-Zeit steckte Krüger's Hand. Er war es, den Singer in jener denkwürdigen Sitzung vom Januar 1888 als den Organisator des infamen Sod-epistelwesens entlarvte.

Polizeirat Krüger erschien 1881 in Wien, um den Polizeipolizei Haupt zu unterweisen, wie er mehr und kräftigeres Material beschaffen könne. Er trug ihm auf, auch die Polen und Russen zu beschaffen: „Sie sind ja ein baumstarker Mann,“ munterte er Haupt auf, „saufen Sie die Kerle über den Haufen, führen Sie dieselben nach Hause, bleiben Sie in deren Zimmer über Nacht, so bekommen Sie das Nötigste.“ Haupt wurde durch Erhöhung seines Schandlohn's an-gefeuert, als er aber trotzdem noch Bedenken äußerte, sagte Krüger zu ihm: „Machen Sie sich an die Arbeit. Ich verleihe vollkommen,

daß Sie noch von Humanitätsrückichten geplagt werden. Das wird sich schon verkeren; arbeiten Sie mir fort." Krüger leitete den altnachschäferen Haupt an, Attentate zu ersünden; so schrieb er ihm einmal, er wisse, das nächste Attentat gegen den Jaren werde von Gens ausgehen, darüber brauche er Verichte.

Kun ist auch dieser Jenge und Mißguldige tiefter Schmach und Blutiger Verfolgungen to — in der Aera Caprivi wurde er befestigt, sein System freilich wußt bis zum heutigen Tag — die Socialdemokratie aber, die durch solche niedertüchtigen Mittel vernichtet werden sollte, lebte kräftiger denn je, des Sieges gewiß.

Polizeirat Krüger hatte auch die ehrenvolle Aufgabe, über die persönliche Sicherheit Bismarcks zu wachen, da dieser Heros, trotz seines Panzerhemdes, sich unabläßig vor den Folgen seiner Gewaltpolitik fürchtete. Er schien Bismarck am Reichstage, so künzte Krüger — wie die „Post“ sagt — erinnert — mit einer Anzahl Geheimknechten auf den Tribünen auf, um etwaigen Anschlägen auf das Leben des Reichskanzlers vorzubeugen. Dabei bevorzugten Herr Krüger und seine Leute mit Vorliebe die Journalisten auf den Tribüne. Vielleicht geschah dies nur deshalb, weil von dieser ein Verbrechen gegen den Reichskanzler, dessen Ploy am Bundesratsgericht gerade unter den Plänen der Reichsminister war, am leichtesten ausgeführt werden konnte. Herr Krüger wußte vermuthlich nicht, daß der Zutritt zu der Journalistentribüne nur gegen Karten gestattet war, und daß diese nur den Reichsministern gegeben werden, die im Bureau des Reichstages hinführen beglaubigt waren. Viele Journalisten empfanden die Anwesenheit der Kriminalhauptleute auf der Tribüne eingeäumten Tribüne als eine Kränkung, und auf ihre Veranlassung erhob sich die „Post“, als Krüger wieder einmal mit seinen sehr muskulösen, aber wenig intelligent dreinschauenden Gehilfen erschienen war, entschiedenen Einspruch gegen diesen Mißbrauch der Journalistentribüne, und Herr von Revegow, der damals auf dem Präsidentensessel saß, veranlaßte sofort eine Untersuchung. Aber die Männer der Polizei warteten gerade nicht ab, sondern verschwanden, noch ehe die Vernehmung geendet hatte.

### Vom bayerischen Kriegsschauplatz.

Aus München wird uns geschrieben: Der Kampf des Centrum gegen die Regierung wird unentwegt weitergeführt — in der Centrumpresse. Da die künftige Presse aus mehreren ziemlich unverblühten Drohungen den Schluß zog, daß es die christlichen Papiere und ihre Hintermänner auf eine persönliche Kränkung des Regenten abgesehen haben, so verstand man die „Bayr. Kurier“ die neueste Lösung des Centrum, die da lautet: Für die Krone und den Regenten, aber gegen das Ministerium Crailsheim.

Bei dieser Gelegenheit einschließt dem genannten Blatt ein kostbares Geheißnis, indem es einschließt, daß das Centrum der politischen Verumpfung bisher deshalb nicht ferne, weil es „den greifen Regenten“ nicht bemrühigen wollte. Wie sich aber diese politische Verumpfung ganz besonders beim Centrum eingebürgert hat, das wird bewiesen durch ein allerliebste Geschichtchen, das die „Münch. Post“ erzählt: Vor nicht allzulanger Zeit unternahm die „Kugb. Postztg.“ einen heftigen Angriff auf das bayerische Ministerregiment und namentlich auf den Grafen Crailsheim. Ein Mitglied der Centrumsfraktion, das von großen Kirchturnschwermern für seinen Wahlkreis geplagt war, empfand nun das Bedürfnis, gerade am Tage der Publikation dieses Angriffs dem Ministerpräsidenten seine Aufmerksamkeit zu machen. Wohl nur im christlichen Interesse für seinen Wahlkreis vertheidigte der treffliche Colga „Saimer Erschöpfung“, daß er den Angriffen in dem Centrumsblatt völlig fernstehe und sie durchaus nicht billige. Auch glaube er sagen zu dürfen, daß die Centrumsfraktion nicht mit diesen Angriffen zu thun habe. Der Ministerpräsident dankte mit einem miquanten Rächeln für diese lokale Versicherung, die ihn um so mehr freue, als schon eine bekannte Persönlichkeit der Centrumsfraktion ihm telegraphisch mitgeteilt habe, daß auch sie die Angriffe der „Kugb. Postztg.“ mißbillige und ihnen fernstehe. Die Verwunderung über dieses Telegramm war bei dem guten Colga so groß, daß er es nicht unterlassen konnte, einem Bekannten von einem anderen Partei beim stillen Dämmerfchoppen das Erlebnis mitzutheilen. Und so wurde das Erlebnis ohne Vermittlung des protestantischen Geheimkabinetts bekannt.

Solche Vorgänge lassen es freilich begreiflich erscheinen, wenn das Witzgeschrei der Centrumpresse nicht exist genommen wird. Und das um so weniger, als ja in der vorigen Session der Centrumsabgeordnete Reiser aus Augsburg zum Entsetzen der übrigen Auguren vor allem Volke das süße Geheimnis vertiet und ansprach: „Wir lieben die Minister.“

Inzwischen bekundete das Centrum seinen Protest, indem es — Kulturforderungen verweigert. Vom Dienstag wird aus München telegraphiert:

Die Kammer der Abgeordneten lehnte im Verlauf der Beratung des Kultus-Etats die schon vom Finanzministerium gestrichenen Mehrforderungen der Regierung für Wissenschaft und Kunstpflege ab, darunter 400 000 M. für die Errichtung eines Museums für Gipsabgüsse von Werken aus der christlichen Zeit und 560 000 M. für Errichtung eines Museums für Gipsabgüsse von klassischen Bildwerken. Im Laufe der Debatte erwiderte der Centrumsführer Doller auf eine Bemerkung des Liberalen Hammerheim, die Ablehnung erfolge wegen der politischen Lage wie auch aus sachlichen Gründen. Das Centrum behalte sich gegenüber neuen ähnlichen Vorlagen in der nächsten Session volle Aktionsfreiheit vor.

## Deutsches Reich.

### Ledochowski †.

Aus Rom kommt eine Kunde, die manche Erinnerungen an den Streit um die Erklärung des Unsehbareits-Dogmas und an den Bismarck-Rückfall Kulturkampf weckt: Im Palast des Collegium Romanum in Rom ist heute früh der Kardinal Nicolslaw Galia Ledochowski, der frühere Erzbischof von Posen-Gnesen, im achtzigsten Lebensjahre an einem Herzleiden gestorben. In russisch-Polen im Jahre 1822 geboren, kam Ledochowski mit 19 Jahren nach Rom, wo er in der Jesuitenschule seine Ausbildung erhielt und 1845 zum Priester geweiht wurde. Zur diplomatischen Karriere bestimmt, wurde der junge Priester in den nächsten Jahren bei der Kurie in Madrid und Lissabon beschäftigt und dann zum Delegaten für die südamerikanischen Republiken ernannt, welche Stellung er 1861 mit dem Posten eines Nuntius in Brüssel vertauschte. Als vier Jahre später der erzbischofliche Stuhl in Posen-Gnesen erledigt war, wurde er vom Domkapitel zum Erzbischof gewählt und seine Wahl vom Papst wie von der preussischen Regierung, der vom preussischen Vorkaiser beim Vatikan der neue Erzbischof als „gutgeheint“ empfohlen worden war, anerkannt. Zuerst hielt auch Ledochowski die nationalpolnischen Agitationen des Alerus in seinem Bezirk nach dem Willen der Regierung ziemlich zurück. Als er, der sich streng päpstlich gestimmt und einer der energichsten Verfechter des Unsehbareitsdogmas gewesen ist, aber 1870 in Versailles, wo er für die Rückgabe des Kirchenstaates an den Papst eintrat, abgewiesen wurde, wendete sich das Blatt. Er trat jetzt für die nationalpolnischen Bestrebungen ein und wurde, da er die verächtlichen Maßregeln, durch welche Bismarck in seiner Selbstüberschätzung den Widerstand des

katholischen Alerus zu brechen suchte, nicht anerkannte und gegen deren Bestimmungen verstieß, 1874 verhaftet und zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, die er in Ostrowo abdiente. Zugleich erfolgte durch den Reichshof für kirchliche Angelegenheiten seine Amtsentsetzung. Die Folge war, daß Pius IX. ihn im folgenden Jahre zum Kardinalpriester ernannte und ihn noch verächtlicher Post nach Rom berief. 1885 wurde Ledochowski zum Sekretär der Heeren und 1892 zum Präses der Kongregation der Propaganda bestellt.

Wie selbst ironische Streiche sich doch die Weltgeschichte gestaltet. Dieselbe Partei, die damals zu Anfang der siebziger Jahre von Ledochowski mit organisiert und von der preussischen Regierung rücksichtslos als „reichsfeindlich“ belämpft wurde, das Centrum, ist heute zur eigentlichen Regierungspartei geworden, die für alle reaktionären Begehren der Regierung stimmt, für Plotten und Deeresverfälschungen, für Hölle und Liebesgaben an das Juxlerium auf Kosten der unteren Volksschichten. Und der Nachfolger des Papstes, der damals Ledochowski zum Kardinal ernannte, weil dieser sich gegen die sogenannte „weltliche Obrigkeit“ auflehnte hatte, gegen die sonst so talungsvolle Folgsamkeit empfohlen wird, er nennt Deutschland das Land unter allen Staaten Europas, in dem die Mitglieder der alleinbestimmenden Kirche die größte Freiheit genießen. So ändern sich die Zeiten.

### Suppe oder Wahlrecht.

Ein Arbeiter in Magdeburg erhielt, wie unser dortiges Parteiblatt meldet, folgendes Schreiben:

Der Magistrat  
Magdeburg, den 12. Juli 1902.

Bei der Verabreichung der Liste der stimmfähigen Bürger für 1902 hat sich herausgestellt, daß Sie durch Gewährung von Suppen im Winter 1901/02 Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen haben.

Nach § 5 Nr. 2 und § 7 Absatz 4 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1858 hören Sie daher auf, zur Teilnahme an den Gemeindevahlen berechtigt zu sein.

Wir werden Sie daher in der Liste der stimmfähigen Bürger für 1902 löschen lassen und Ihnen die dementsprechend in die Gemeindevählerliste nicht aufnehmen.

Sicher.

An den Eisendreher Herrn . . . . . Hier.  
Daß der Arbeiter gar keine Armensuppe bekommen hat und nur ein Versehen des Magistrats vorliegt, ist ziemlich belanglos gegenüber der Thatsache, daß einem Arbeiter deswegen überhört sein Wahlrecht entzogen werden kann. Hungernde Arbeiter werden sich Mühe zu nollebende Junker verwandeln müssen; dann werden sie nicht mehr zu wählen haben zwischen Suppe oder Wahlrecht, dann können sie Millionenalmosen und Wahlrecht nehmen, zugleich bezugte Wähler erster Klasse und Empfänger öffentlicher Unterstützungen, die von den Reichen aufgebracht werden.

**Wangenheim's Rückzug.** Die „Deutsche Tageszeitung“ widmet ihrem scheidenden Generalissimo einen höchst düren Nachruf; sie teilt, um den vielen Fragen ein Ende zu machen, einfach mit, daß die Absicht unsres Bundesvorsitzenden, seine parlamentarische Thätigkeit niederzuliegen, schon längst kein Geheimnis gewesen ist.  
Und die Thätigkeit im Bund der Landwirte — wird der Nachfolger des Vater Blig die behalten?

**China-Runden.** Die weitere Aufstellung von Instrumenten der Berliner Sternwarte wird im Laufe dieser Woche auf der obersten Terrasse vor dem Neuen Orangeriegebäude bei Sanssouci erfolgen. Sie gruppieren sich um den bereits aufgestellten dreibaren Himmelsglobus nach rechts und links und ruhen auf ausgemauerten Postamenten, welche auf den dort vorhandenen Mauerresten errichtet wurden. Die Instrumente, welche in Berlin repariert wurden, sind größtenteils im Orangeriegebäude wieder eingetroffen.

Vielleicht holt sich die Kaiserin-Taute von China gelegentlich die Victoria auf dem Brandenburger Thor als — Gegenstand. Jedemfalls sind die Berliner Instrumente ein unergänzblicher Beweis dafür, wie die „Hunnenbrüder“ gelogen haben, wenn sie von gewaltsamen — Ehenlungen und Raufen fremden Eigentums erzählten.

**Polen und Centrum.** Ein wenig gespannt ist gegenwärtig das Verhältnis zwischen Polen und Centrum. Der Woj. Leczka hatte die Errichtung eines Landgerichts in Kattowitz befehrt. Deshalb schreibt das Kattowitzer Blatt „Gornoslazak“ das folgende:

„Es ist höchst sonderbar, daß der geehrte Abg. Leczka, ein Kind unsres Volkes, dem dieses Volk sein Mandat anvertraut hat, so energisch die Wünsche des Kattowitzer Galantismus unterstützt hat. Die Schlüsse, die wir aus diesem Verhalten des „Centrumsmannes“ Abg. Leczka ziehen, sind folgende: 1. Der alte Leczka ist im Alter zusammengeklumpt und weiß nicht, was er thut, oder 2. er ist ein Galantist geworden. In dem einen wie in dem anderen Fall hat er die Hoffnungen des Volkes irregeführt, und er möge sich darum nicht erdreisten, von neuem seine Hand nach der Ehre eines Mandats auszustrecken. Für solche Vertreter danken wir. Doch das ist nichts Wunderliches. Leczka ist Centrumsmann, und die **Denkelei, Mäkeltragelei und Halschheit sind ein unverkennbares Zeichen der oberchleischen Centrumsmänner.**“  
Ein kräftiges Centrumsportrait, aber nicht unähnlich! —

**Ein Institut zur Förderung und Ordnung der Kultur in Afrika** hat ein Wohltäter der Menschheit, Namens Karl Schünke in München, Holzstraße 38, aufgemacht. Er erbietet sich, Leute unentgeltlich nach Pretoria zu befördern, und zwar in Stellen, die mit 300 M. monatlichem Anfangsgehalt besoldet werden. Man hat nichts weiter zu thun, als schlenkigt 20 M., und wenn es sich um Familien handelt, 100 M. als Kaution an Karl Schünke zu überreichen; die Reise erfolgt dann kostenfrei, selbst Auslandsvisa sind nicht nötig.

Die Warnung unsres Magdeburger Parteilobes vor diesem Plumpen Wimpelzug ist vielleicht nicht ganz überflüssig, da die herrschende Arbeitslosigkeit manchen zur Auswanderung nach Südafrika verleiten mag.

**Germanisierungsgeschäfte.** Ueber die Verhältnisse der Posenischen Landes-Genossenschaftsbank berichtet nach dem „Pos. Neuef. Nachr.“ eine vertraulich erhaltene Broschüre des Verbanddirektors Hugenberg, daß diese Bank ungefähr 700 000 M. Spargelder als Depositionen erhalten hat. Der Verbanddirektor vermeldet, daß die Bank nicht in Verlegenheit geraten könne, selbst wenn diese Summe auf einmal gefordert werden würde, da die Bank bei der Preussischen Central-Genossenschaftskasse täglich einen Kredit von 1 200 000 M. flüssig machen könne. Zu der Posenischen Landes-Genossenschaftsbank gehören 78 Genossen mit zusammen 1577 Anteilen bei einer Darlehenssumme von 2 000 M. Die ganze Darlehenssumme beträgt demnach 3 154 000 M. Unter den Genossen sind gegen 20 Privatpersonen, die je einen Anteil von 2000 M. haben, während die sämtlichen anderen Anteile von verschiedenen Kaufmanns-Genossen und Kaufmannschaften übernommen sind. So sind u. a. die deutschen Kaufhäuser in Wilkow, Janowitz und Weichen mit 150 bis 200 000 M. haftbar, daneben das deutsche Kornhaus in Janowitz, der deutsche Baumeister-Verein in Posen, Dampf- und Dampfbrennerei, Brennerei, Kollerei, Spiritusbrennerei-Genossenschaften. Einzelne Genossenschaften sind mit größeren Summen bei anderen Genossenschaften haftbar, als die ganze Darlehenssumme ihrer Genossen überhaupt beträgt. Das deutsche Kornhaus in Wilkow hat 21 Genossen mit zusammen 251 Anteilen a 300 M., also mit einer Gesamtsumme von 75 300 M. und ist für Anteile bei der Posenischen Landes-Genossenschaftsbank mit

194 000 M., dem deutschen Lagerhause Posen mit 10 000 M. verpflichtet hat, demnach ein Obligo allein bei diesen Gesellschaften von 204 000 M. bei einer Darlehenssumme ihrer Genossen von nur 75 300 M. Das deutsche Kornhaus Janowitz hat 265 Genossen mit 265 Anteilen a 600 M. Darlehenssumme, also mit einer Gesamtsumme von 159 000 M., während es bei der Posenischen Landes-Genossenschaftsbank mit 150 000 M., dem deutschen Lagerhause Posen mit 1000 M. beteiligt ist, hat demnach ein Obligo bei diesen Gesellschaften von 151 000 M. bei einer Darlehenssumme ihrer Genossen von 159 000 M. In dem „Pos. Neuef. Nachr.“ wird angeführt, daß die Frage aufgeworfen ist: Hat die Preussische Central-Genossenschaftskasse den inneren Wert der angegebenen Darlehenssumme geprüft, als sie der Posenischen Landes-Genossenschaftsbank den von Herrn Dr. Hugenberg in seiner Broschüre angeführten, täglich flüssig zu machenden Kredit von 1 200 000 M. einräumte?

**Wie man Könige gewinnt.** In der „Deutschen Revue“ veröffentlicht Professor August Journeir-Wien einen geheimen Bericht über die Vorgänge in Bayern 1847, den ein vom Österreichischen Polizeiministerium zu Informationszwecken entlassener Beamter Romens Gineis seinem Vorgesetzten erstattet hat. Ueber die Zeit, wie Ludwig I. die Lola Montez kennen lernte, besagt dieser Bericht u. a. folgende: „Als die Lola im vorigen Jahre nach München kam, wollte sie im Theater tanzen, was ihr jedoch von der Intendantur nicht gestattet werden sollte. Sie verkleidete sich hierüber als die Königin, hatte gleich im Vorzimmer mit dem dienstthuenden Kammerdiener einen heftigen Streit, weil er sie nicht vorlassen wollte, bis endlich der König, von dem am nächsten und ledigen Auftritte unterrichtet, befahl sie vorzulassen, er würde ihr schon selbst den Kopf waschen. Als sie eintrat, ward der König höchlich überrascht und jagte für sie eingenommen, und hier soll auch die in München vielfach erzählte Scene vor sich gegangen sein, daß die Lola, als der König einigen Zweifel über die Realität der ersichtlichen Bildung ihres Fusses andeutete, eine Schere von des Königs Schreibtisch nahm und sich damit das Kleid vor der Brust aufschnitt. Von diesem Momente an soll die Aufkündigung des jetzigen Verhältnisses sich datieren, das mit der Zeit sich bis zu seiner Intensität ununterbrochen fortgesponnen hat.“  
Der König erkannte eben, daß auch die Weize einer Tänzerin von Gottes Gnade sein können! —

### Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Der 69jährige Gärtner Karl Herbst in Nürnberg soll den deutschen Kaiser beleidigt haben, indem er im Gespräch ansetzte, wenn es auf ihn, Herbst, ankäme, bekäme der Kaiser keine Soldaten, und daran eine nicht wiederzugebende Bemerkung knüpfte. Er wurde von dem Landgericht Schwabmünchen verurteilt, ein Jahr und sechs Monate Gefängnis zu empfangen.

## Ausland.

### Silke Landtag.

— Wien, 20. Juli. (Eig. Ber.) Die Landtagssession wird nun bald zu Ende gegangen sein. Sie war anfangs ruhig — ihre politische Rolle haben die Landtage eben schon angespielt. In der leidenschaftlichen Gleichgültigkeit, mit der man das Landtagsgetriebe betrachtet, in der Reduktion der Bedeutung dieser Körperlichkeiten, von denen das verfassungsmäßige Leben einst ausgegangen ist, ergibt sich die gewaltige Entwicklung, den die Idee des einheitlichen Staates in Oesterreich durchdringt; die Zurückführung des Landtages, von denen der Wiener Reichsrat vorwärts nur eine Delegation war, auf bescheidene und genügende Verwaltungskörper, drückt nicht weniger aus als den Sieg des Centralismus über den Föderalismus der Länder. Bekanntlich hat es in Oesterreich bis zum Jahre 1873 ein aus unmittelbarer Wahl hervorgegangenes Centralparlament gar nicht gegeben, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses waren einfach Delegierte der Landtage. Demnach blühte der Weizen der Landtage; jeder von ihnen hatte es in der Hand, durch einfache Nichtbesetzung des Reichsrates das Centralparlament aus den Fugen zu bringen. Die Periode von 1861, dem Beginn des konstitutionellen Lebens in Oesterreich, bis zum Jahre 1873, wo die direkte Wahl des Abgeordnetenhauses durchgeführt wurde, damit das Wiener Parlament auf eigene Füße gestellt wurde, ist erfüllt von dem Kampfe der Länder wider den Staat. Nicht bloß Böhmern oder Galizien beanspruchten damals, als ein selbständiger Staat angesehen und behandelt zu werden, auch Dalmation oder Tirol, kleine und ökonomisch ganz unentwickelte Länder, wollten sich in die staatliche Gemeinsamkeit nicht fügen und pochten auf ihr „historisches“ Recht, auf ihre, wie der Reichsrat damals lautete, „historische politische Individualität“. Mit jenem Größenwahn der Länder hat die Entwicklung abermals gründlich aufgedämmt; die Länder sind heute nur Kostgänger des Staates, der es verstanden hat, das gesamte Steuerwesen in seine Hand zu bringen, und die stolzen Herren in Prag, die trüglichen Declaranten von ehemals, zogen unlangst nach Wien, um die Regierung des Reiches zu bitten, die Landesumlage auf die staatliche Biersteuer um sechzig Heller höher bestimmen zu dürfen. Und die Regierung sagte nein. . . . Die Idee des Staates, als des gemeinsamen Wirtschaftsbereiches, dessen die kapitalistische Entwicklung nicht entbehren kann, hat über die „historischen“ Zerstückelungsverfuche den Sieg davongetragen.

Diese Wendung der Dinge bringt es mit sich, daß der Einfluß der Wiener Regierung auf die Landtage fast schrankenlos ist. Man hat davon neuer einige ganz drastische Proben wahrgenommen. Die polnischen Parteien hatten ziemlich deutlich angekündigt, daß sie im galizischen Landtage gegen die preussische Polenpolitik Demonstrationen veranstalten wollten. Im Wiener auswärtigen Amte war man ob dieser Möglichkeit so genugigt, daß man sich allen Erides mit dem Plane trug, den galizischen Landtag neuer gar nicht einzuberufen. Herr v. Roeder bestand natürlich darauf, daß die Landtagssession unangefochten stattfinden, verläugerte sich aber auch dafür, daß die vorigen Jahr so unliebsam empfundenen Demonstrationen nach Berlin hin unterbleiben. Er gab einfach den Landtagsherren zu verstehen, der Landtag werde beim ersten Anzeichen der Unbotmäßigkeit nach Hause geschickt werden, und die Drohung, die im Wesen eine Drohung mit Entziehung staatlicher Unterstützungen ist, genügte vollständig, um den Landtag zur penitentiellen Entschuldigtheit zu veranlassen. Im Landtage von Krain gab es zwei Sektionen hindurch heftige Streitigkeiten, die durch den häuslichen Streit der beiden slovenischen Parteien des Landes entfiel worden waren. Die Regierung sperrte nun den Landtag einfach zu, bestrafte die Reakteleer also etwa so, wie man martige Sanktionen zutätigt, und in der gesamten Oesterrichische schrie sich gegen diese Unbilligkeit seine Hand! Sogar im niederösterreichischen Landtag, dessen Lueger-Mehrheit doch aus ganz andrem Holz geschneit ist als die Parteien in der Provinz, ist der Einfluß der Regierung deutlich zu spüren. Der Statthalter erklärt, die Regierung sei nicht bereit, zu der berühmten Einverleibung von Adersland in die Großstadt ihre Zustimmung zu geben, und Herr Lueger läßt sofort sein Stadterweiterungsprojekt fallen und stimmt mit seiner Partei für einen Verleibungsantrag, der die ganzen bis jetzt gepflogenen Unterhandlungen über den Hausen wirt und die Sache noch einmal von vorne anfangen läßt! Das lächerliche Projekt, Wien durch Angliederung eines riesigen, ganz und gar ländlichen Gebietes zur „größten deutschen Stadt“ zu machen, kann überhaupt als unbillig betrachtet werden. Die Regierung wird nur die Einverleibung der Gemeinden bewilligen, die mit Wien in irgendwelchem Zusammenhang stehen; vor der Eingemeindung des Reichsfeldes wird also Wien und werden die zwangsweise zu Wien gepressten Bewohner jener Dörfer bewahrt bleiben. Herr Lueger hat es zwar durchgesehen, daß der Landtag den Verleibungsbeschluss, womit die gefährdeten Wahlen in Floridsdorf hintertrieben werden sollen, aber nach der bestimmten Erklärung

des Statthalter ist an eine Sanktionierung dieses Gewaltstreikes nicht zu denken; die Wahlen werden vielmehr schon in der nächsten Zeit stattfinden. So hat sich der Wiener Bürgermeister eine komplette Niederlage zugezogen; er hat seinen Einfluß auf die Regierung beträchtlich überschätzt. Der gute Mann war gewohnt, daß die Regierungen vor ihm demütig ergriffen, aber seither ist sein Prestige vermindert worden und ist die Macht der Regierung, die allein geben kann, weil sie allein alles befehlt, ganz außerordentlich gesunken.

So war die Landtagsession überall ohne jede Aufregung und also ohne größeres Interesse. Eine Bedeutung eignete nur den Verhandlungen des Tiroler Landtags, denn dort sollte der Versuch gemacht werden, die alte Streitfrage zwischen den das Land bewohnenden Nationalitäten zur Lösung zu bringen. Im Ausschusse des Landtags gelang die Einigung über die Autonomiefrage; als es aber zur Verhandlung im Hause kommen sollte, waren die Chancen für das Gelingen des Planes so gering, daß die Regierung unter Zustimmung aller Parteien den Landtag vertagte, die Weiterverhandlung auf günstigere Zeiten verschiebend. Der Autonomieplan, der unter Umständen für die Lösung nationaler Streitfragen in allen gemischten Ländern hätte vordringlich werden können, ließ die Einheit des Landes zwar bestehen, gab aber innerhalb dieser überlieferten Form jeder Nation volle Selbstständigkeit, indem er die verwaltenden Organe: Landesauschuss und Landes-Schulrat, in nationale Sektionen spaltete, von welchen die deutsche in Innsbruck, die italienische in Trient ihren Sitz hätten aufschlagen sollen. Die unstrittigste Frage, die der deutschen Gemeinden in Südtirol, wurde dahin entschieden, daß sie nicht den nationalen Sektionen, sondern dem Plenum beider, der gemeinsamen Institution, unterstellt werden sollten. Zu diesen deutschen Enclaves wurde auch das Fassatal geschlagen, die Heimat des ladinischen Volkstammes, der wohl sprachlich mehr zu den Romanen gehört, aber ökonomisch nach Südtirol gravitiert. Das Autonomieprojekt wäre im Landtage zwar ohne Begeisterung, aber doch angenommen worden — von den Deutschen als offene, von den Italienern als unzulänglicher Sieg empfunden — wenn nicht der „Verzicht“ auf das Fassatal die chauvinistischen Instinkte in Südtirol entflammt und den Sinn gegen das selbst bewickte Projekt gewandt hätte. Nicht verschwiegen darf es werden, daß sich an dieser Aufspaltung der chauvinistischen Vorurteile auch die italienischen Sozialisten beteiligt haben; sie waren der Pflichten, die ihnen das gemeinsame Völkernationalitäten-Programm zuweist, bezüglich wenig eingedenk. Das Autonomieprojekt ist also vorläufig gescheitert, aber als die Erfüllung einer Notwendigkeit wird es sicher wiederkommen.

**Die Arbeitsverhältnisse in Niederländisch-Ostindien.** „Het Volk“ druckt aus einem Brief von Kols über Medan, das Reich der kapitalistischen Tabakskönige, den Teil ab, worin die Verhältnisse geschildert werden, unter denen die Arbeiter leben, denen jene Herren ihren Wohlstand zu verdanken haben.

In Medan wurde im Jahre 1901 für 40 Mill. Gulden (68 Mill. Mark) Tabak produziert. Der Totalertrag, der in den Jahren 1884 bis 1900 erzielt wurde, wird auf 662 Mill. Gulden berechnet. Unter welchen Arbeitsverhältnissen, mit welchen Opfern an Menschenleben diese Werte gewonnen wurden, davon gewinnt man eine Ahnung durch folgende Tatsachen. In den Jahren 1900 und 1901 wurden 14.161 Javanen und 30.647 fremde Ostasiaten importiert — im ganzen zählte man 56.788 Eingewanderte. Davon reisten in den genannten Jahren wieder ab 8521 resp. 16.008, im ganzen 20.529 Arbeiter. — Ein von den Niederländern errichtetes Emigranturbureau mietet die Schiffe, engagiert in China die Kulis, tauft sie zu einem bestimmten Tarif und verteilt sie dann unter den Unternehmungen. Der Kontrolle registriert sie und hat über die strenge Handhabung der Kuli-Verordnungen zu wachen. „Ob diese Aufsicht,“ schreibt Van Kol, „praktisch ausreichend ist, um z. B. die Sterblichkeit zu kontrollieren und bei Ablauf des dreijährigen Kontraktes über die Freilassung zu wachen, muß ernstlich bezweifelt werden. Der niederländische Ministerresident von China im Jahre 1888, Herr Ferguson, weigerte sich, an diesem „Menschenhandel“ mitzuwirken, der deutsche Gesandte dagegen ließ seine Unterstützung, wofür er mit dem Großfürsten des niederländischen Löwen bedacht wurde. — Mit Recht erklärte de Coningh in der Versammlung des Indischen Bundes zu Medan im März d. J., daß das Kontrakt-Kuli-System ein moralischer Standpunkt aus nicht zu verteidigen sei, weil es eine verummante Sklaverei und nicht einmal eine gut verummante, wenn auch geistlich begrenzte Sklaverei sei. — Die Artikel 11 und 13 der Kuli-Verordnungen (erlassen durch Gouvernementsbeschluss von 1889 und 1898 revidiert) lassen das Sklaventum des Kuli deutlich erkennen. Hierin wird jedem Europäern wie Eingeborenen, der einem entlaufenen Kuli Obdach gewährt, Strafe angedroht, die Geringfügigkeit, mit der einige Reichgewordene von den „Stinkern“ und Kontrakt-Kulis sprechen, zeigt von harteherziger Gleichgültigkeit. Das Zulassen des Würfelspiels in der Verengungsmeisterschaft (wenn die Erneuerung der Kontrakte bevorsteht), um die Kulis in Schulden zu bringen, das Zulassen von Prostitutionen auf den Unternehmungen, das Abschließen der Kontrakte im Werte gesunkenen Dollars und die schändlich niedrigen Löhne, die den javanischen Frauen gezahlt werden, beweisen nur zu deutlich, daß gegenüber diesen bedauernswerten Menschen die gewöhnlichen Regeln der Sittlichkeit mit Füßen getreten werden. — Van Kol giebt dann eine Uebersicht über die Löhne auf den Plantagen: „Durch die Kuli-Verordnungen wurde der Lohn für die männlichen Arbeiter seiner Zeit auf 6 Dollar pro Monat festgesetzt. Damals aber hatte der Dollar einen Wert von 2 Gulden (3,40 Mark), jetzt ist er auf 1,10 Gulden gesunken. Auf vielen Unternehmungen aber erhält ein javanischer Kuli nicht mehr als 4,40 Gulden. Die gutbezahlten, die 7-8 Dollar erhalten, müssen davon 3 Dollar für Kost, 1,50 Dollar Lohnkürzung für erhaltene Lohnvorschuße abgeben und können mit dem Rest von 2-4 Dollar wenig anfangen, es sei denn, daß sie ihr Einkommen durch Würfelspiel oder Prostitution der Frau aufbessern. Den unverschämten Frauen nimmt man 1/2 Dollar für einen Versuch von 3 Dollar und 1/2 Dollar für Gerüstschaffen ab, so daß nur 2,20 Dollar übrig bleiben. Da ist es denn freilich kein Wunder, daß die Prostitution bei solchen Verhältnissen Regel ist, und daß viele Mütter ihre „Kolon-Kinder“ gern an den Reisbrietenden verkaufen, wofür ich Beweise anführen kann. Wie mir ein Arzt erklärte, waren in Ober-Serdang die Hälfte der javanischen Frauen syphilitisch. In vielen Hospitälern sah ich sie in großer Anzahl, darunter selbst unerwachsene Kinder.“ In ähnlicher Weise werden auch die andern Arbeiter ausgebeutet.

Ganz andre Zustände würden eintreten, wenn das gegenwärtige Kuli-Kontraktssystem durch freie Arbeit ersetzt würde. Daß freie Arbeit möglich ist, wird durch die (britischen) Straits-Settlements bewiesen und durch die Zustände in einer Anzahl anderer Gegenden, wo gleichartige Verhältnisse vorhanden sind. — Für öffentliche Arbeiten sind stets vollauf freie Kulis gegen einen Tagelohn von 80 bis 40 Cent zu finden. — Im Jahre 1901 war für die 35,8 Millionen Pfund Tabak, die produziert wurden, der durchschnittliche Verkaufspreis 1,11 Gulden pro Pfund; die gesamten Produktionskosten stellten sich auf 70-75 Cent pro Pfund, so daß ein Reingewinn von 30 Cent oder von 13.800.000 für die ganze Ernte verblieb.

Bei solchen Gewinnlinien kann der Meinung von Kols, daß eine Besserung der Arbeitsverhältnisse in den Kolonien möglich ist, ohne daß die Unternehmungen ruiniert werden, wohl kaum widersprochen werden.

### Frankreich.

#### Zum neuen Kulturkampf

mehren die Mütter, daß eine päpstliche Enchiridion über die Durchführung des Vereinsgesetzes in Frankreich bevorstehe, und daß die Merkmalen und Konventionen abschließen, unmittelbar nach dem

Erscheinen große Volksversammlungen in Paris und ganz Frankreich zu veranstalten. Die radikalen Organe begründen diese Ansicht der Konserbation mit Freude; sie sagen, die bisherige zu schlaffe Durchführung des Gesetzes habe den gemäßigten Fraktionen der Regierungsmehrheit eine gewisse über angebrachte Sympathie mit den Bemühungen eingebracht, die angeklagten Protest-Versammlungen würden der Vereinigung ihrer alten Kampfscharakter wiedergeben.

Die „Merikal gesinnten Mütter“ veranstalteten eine Massen-Landung vor dem Eiffel-Palast. Sie wurde veranlaßt durch einen Plaueranschlag, in dem es heißt:

„Ein beispielloses Attentat ist verübt worden. In acht Tagen wurden 2500 Schulen geschlossen, 150.000 Kinder auf die Straße geworfen, 5000 Lehrer und Lehrkräften verjagt und brotlos gemacht. Ist die Gewissensfreiheit, das Recht der Familien ruhmloser verweigert worden. Solche Taten sind Verbrechen an der Menschheit und Freiheit. Bürger, werdet Ihr Euch dieser Thronerei beugen? Wollt Ihr frei leben, so sammelt Euch, um Euren Verfolgern die Stirn zu bieten, rechnet nicht auf ihre Berechnungen, verlaßt Euch nur auf Euch selbst. Einige Hundert Familienmütter nahmen diesen Aufruf buchstäblich und begaben sich nach der Preisverteilung einer Klosterschule mit ihren Kindern, deren Köpfe die hier gebräuchlichen Goldpapiererlöse schmückten, im Gässchen nach dem Eiffel-Palast, um Frau Loubet eine Bittschrift zu überreichen, in der es heißt: „Die christlichen Mütter des Sankt Rochus-Viertels wenden sich vertrauensvoll an eine Mutter. Wir wollen durch eine religiöse Erziehung den Namen und die Grundsätze Jesu Christi für immer in der Seele unserer Kinder festlegen. Man will uns unsere Kinder rauben. Sie werden das nicht zulassen. Im Namen unsres Gottes, lassen Sie uns unsere hingebungsvollen Schwestern, retten Sie unsre christlichen Schulen.“

Der Aufzug gelangte bis an den Palast, wurde jedoch, wie der „Vossischen Zeitung“ telegraphisch wird — nicht eingelassen, nur zwei Frauen erhielten die Erlaubnis, zu Frau Loubet zu gehen und ihr die Bittschrift zu überreichen. Die Gattin des Präsidenten versprach, das Schriftstück der Regierung zu übermitteln.

Paris, 22. Juli. Der ehemalige Justizminister Monis hat gegen General Mercier die Ehrenbeleidigungsklage angehängt, weil dieser in einer Versammlung ehrenrührige Ausfälligkeiten gegen Monis gethan habe. Monis verlangt eine Entschädigung von 100.000 Fr.

### England.

**Vooren als Konstabler.** Im Unterhause erklärt Kriegsminister Brodrick, der Oberkommissar Milner berichtet, daß eine sehr große Zahl von Vooren im Einverständnis mit der südafrikanischen Konstablertruppe gebildet habe. Milner habe etwa 200 bis 300 Mann von diesen nach sorgfältiger Prüfung in die Truppe eingestrichelt. Etwa die Hälfte von diesen habe früher zu den Rational Scouts gehört, die sich als zuverlässig erwiesen hätten. Die andre Hälfte bestände aus Leuten, die sich erst zuletzt ergeben hätten und für welche die Voorengenerale einstanden.

### Amerika.

New York, 21. Juli. Die ein Telegramm aus Wilmersfeld meldet, daß die Regierung von Venezuela den Hafen von Carapano für den Verkehr gesperrt.

## SS. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 22. Juli.

Zu den Positionen 698/99, Waren aus Asphalt oder Cement, beantragen die Sozialdemokraten Zollfreiheit. Gothein beantragt zu 699 eine Venderkung, nach der Werkzeuge, Platten, Hefen und Dachziegel mit 0,50 M., andre Cementwaren mit 1 M. Zoll belegt werden sollen.

Gothein tritt, außer für den vorstehenden Antrag für Zollfreiheit der übrigen Positionen ein.

Gener begründet den Antrag auf Zollfreiheit. Die Cementwaren-Industrie habe einen großen Aufschwung genommen und die Interessenten hätten, sogar nach den Angaben der Motive zum Entwurf, kein Interesse an Hohen, die Ausfuhr sei gewachsen — ein Zoll könne darum gar nicht gerechtfertigt werden.

Geheimrat von der Vorphat wendet sich gegen Gothein, während Stadthagen für Zollfreiheit eintritt und auf die Düsseldorf-Ausstellung hinweist, wo die Architekten sich einen Scherz gegen das Cementmaterial, das es wohl verleihe, gewinnbringende Preise festzustellen, erlaubt haben und es in einer Figur mit der Unterschrift: Cemento mori — verpötelten.

Position 698 wird nach der Vorlage angenommen und zu 699 eine Einföhrung, nach einem weiteren Antrage Gotheins: Kalksandziegel — 0,15 M. Im übrigen wird die Position nach der Vorlage angenommen.

Nachdem Volkensbuhr den Antrag auf Zollfreiheit für die Positionen 700/708, Waren aus Gips begründet hatte, wurden diese Positionen nach der Vorlage angenommen.

Position 704, Schladen, zu Bausteinen oder Pflastersteinen geformt, wird auf Antrag Herold bis zu Position 718 zurückgestellt.

Zusammengestellt werden dann die Positionen 705/708 Papier und Gewebe aus Asbest. Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit, stellen aber außerdem den Eventualantrag, in Position 706, Handschuhe, Kleider, Mästen, Mützen, Schuhe auszunehmen und zollfrei zu lassen.

Stadthagen begründet die Anträge. Unfallverhütungs-Vorschriften für Schurefabriken schreiben Schutzbekleidung aus Asbest vor; es ließe demnach die Industrie belasten, wenn man diese Schutzbekleidung verteuere.

Dieser Eventualantrag wird mit Stimmgleichheit abgelehnt — das Centrum stimmte geschlossen dagegen — und darauf werden die Positionen nach der Vorlage angenommen.

Position 709, Waren, ganz oder teilweise aus Meerischäum oder Nachahmungen davon in Verbindung mit natürlichem oder künstlichem Bernstein: 400 M.; andre 200 M.

Volkensbuhr tritt für Zollfreiheit ein. Die Badische Industrie habe von her Wiener nichts zu fürchten, da letztere auf ziemlich hohe Preise kalte und Bernstein erst aus Deutschland beziehen müßte.

Gothein beantragt, die Worte „oder Nachahmungen davon“ zu streichen.

Speck beantragt, der Position hinzuzusetzen: „Cigaretten- und Cigarettenspitzen aus Meerischäum mit Vorrichtungen zur Befestigung von Mundstücken.“

Dieser Antrag wird angenommen und mit diesem die Position 700 nach der Vorlage; ebenso die Positionen 710, Fet., roh 3 M., geschliffen 200 M.; 711, Waren aus Jet 200 M.; ferner 712, Waren aus Bernstein 200 M., unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge auf Zollfreiheit.

Volkensbuhr begründet dann folgende beantragte Anmerkungen zum 18. Abschnitt: „Steine aller Art, die zur Anfertigung von Kunstgegenständen dienen sollen, gehen zollfrei ein.“

Geheimrat Menschke erhebt den Antrag abzulehnen, er führe einen neuen Grundsat in den Tarif ein.

Nach längerer Debatte wird die beantragte Anmerkung abgelehnt.

Daruf gelangt der 14. Abschnitt, Thonwaren, zur Beratung. Verbunden werden die Positionen 713/14, Planerzsteine, 718, Gohlsteine, Lochsteine, Kochplatten, Formsteine, rau oder glatt — 0,15 M.; 714, andre: rau 0,05 M., glatt — 0,10 M.; 716, Klinker aller Art — 0,30 M.

Wolkensbuhr beantragt zu 713 statt 0,15 M. — 0,20 M. zu setzen; zu 714 — 0,10 M. statt 0,05 M., Verblendssteine 0,20 M. statt 0,10 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Herold beantragt zu 704, Schladen, zu Bau- oder Pflastersteinen geformt 0,40 M.

Gothein beantragt, die Positionen 718 und 714 zu vereinigen und zollfrei zu lassen; zu Pos. 718 eine Zeilung, glasierte Klinker 0,40 M.; unglasierte — frei.

Schrempf beantragt zu 714, Hintermauerungssteine — 0,20 M.

Die Debatte über diese Positionen ist eine weit ausgreifende. Gothein hebt hervor, daß der Grenzverkehr belästigt und verschlechtert werde durch diese Zölle, die das Baugewerbe schädigten. Redner geht näher auf die technischen, sowie auf die Transport-reisp. Frachtarifverhältnisse ein, hebt die Verschiedenartigkeit des ausländischen Produkts von dem inländischen hervor und schließt daraus auf die Notwendigkeit der Zollfreiheit für 713/14. Und wolle man durchaus Zölle, dann sei der von ihm zu 718 beantragte genügend.

Wolkensbuhr will die Wünsche der Petenten (Ziegelsteinfabrikanten) in Württemberg, Baden und Oberrhein berücksichtigt wissen, die über große Konkurrenz klagten. Die Schweizer Zölle benachteiligten die süddeutsche Industrie. Redner wird zuerst für den weitergehenden Antrag Schrempf stimmen, empfiehlt aber für den Fall der Ablehnung desselben, den seinigen.

Jubelt wendet sich zunächst gegen den Antrag Herold, der die Industrie für Schladensteine schädige, statt sie zu fördern und den Bau der ärmlichen Häuser verteuere, besonders aber die kleine Landwirtschaft schädige, die aus diesem Material Viehställe baue. Redner bekämpft dann auf Grund der statistischen Ausweise gegenüber Wolkensbuhr, daß die Schweizerische Einfuhr und Konkurrenz so bedächtig sei. Die Lage der Arbeiter schäudernd, beklagt er die schlechten Löhne bei langer Arbeitszeit, die schlechte Behandlung und die traurigen Wohnungen der Ziegelfabrikanten. Die Ziegelfabrikanten erstrebten wohl Vorteile für sich, ließen aber die Arbeiter leiden. Daß die Schweiz höhere Zölle beschlossen habe, sei nicht zu verwundern, die gegenseitige Zollfreiheit gebe ins Unendliche, man lebe in einer Zeit der Uebersollproduktion. Nicht nur die Industrie, das ganze Baugewerbe werde geschädigt.

Schrempf tritt für die süddeutschen Ziegelfabrikanten ein und hebt stark hervor, daß die deutschen Unternehmer schwer belastet würden durch die Arbeiterversicherungsbeiträge.

Der Bundesrats-Bevollmächtigte für die Hausstädte, Klügmann, verfehlt dem sächsischen Bundesrats-Bevollmächtigten, der gestern gegen die Vorlage Stellung nahm, einen Dieb durch die Erklärung, er halte es nicht für opportun, daß Mitglieder des Bundesrats das, was sie im Bundesratsplenum nicht durchdrücken konnten, hier in der Kommission durchzudrücken suchten. Redner wendet sich gegen die beantragten höheren Zölle. Die Schweizerische Einfuhr seien unentbehrlich und die Ausfuhr nach Dänemark sei fünfmal so groß, als die Einfuhr. Wollte man dies Verhältnis zerstören? Gestern sei gesagt worden, man müsse Schweden die Zölle zeigen, über Schweden habe erst Zölle beschlossen, als Deutschland 1879 hohe Zölle in seinen Tarif aufgenommen habe. (Hört! hört!) Die Kleinfuhr werde schwer geschädigt, denn es seien deutsche Schiffe, auf denen die in Frage stehenden Produkte eingeführt würden.

Unre Kistenkisten verkehren mehr an der Küste des Auslandes, als ausländische Kistenkisten an der deutschen Küste.

Böhmischer Bundesrats-Bevollmächtigter v. Scharrer erhebt, den Anregungen des Abgeordneten Wolkensbuhr nachzugeben und die Zölle zu erhöhen.

Graf Pasadowitz giebt den Bevollmächtigten das verfassungsmäßige Recht der Vertretung der Interessen ihrer Staaten gern zu, aber es sei doch ein eigentümlicher Jng, der nach außen keinen günstigen Eindruck mache, wenn Vertreter der Einzelstaaten gegen das beschlossene Werk des Bundesrats hier aufträten. Abgeordneter Pasadowitz habe gestern seine Ausführungen von oben her behandelt und belächelt, aber — so fährt der Redner mit erregter Stimme fort — ich habe in diesen Sachen 20 Jahre gearbeitet und eine größere Erfahrung als Sie! — (Auf: Vor 20 Jahren war Pasadowitz Freihändler.)

Der Staatssekretär fährt fort, er könne sich eigentlich innerlich freuen, daß durch die Verhandlungen gestern und heute der Öffentlichkeit der Beweis gegeben werde, wie groß die Schwierigkeit des vorliegenden Werkes sei; es sei aber unrichtig, es als das Werk nur eines Messors, nämlich des Reichsamts des Innern hinzustellen. Gefährlich sei es, kleine Partikularinteressen dem Interesse des großen, Ganzen gegenüberzusetzen und so das Werk zu gefährden. Davor warne er dringend. (Bezeugung.)

Rechtlich tritt für höhere Verzollung der Klinker ein, während Geheimrat Wermuth die Vorlage verteidigt und auch dringend davor warnt, auf dem seit gestern beschrittenen Wege weiter vorzugehen.

Herold behauptet, die Thatsache bestehe, daß die Einfuhr aus verschiedenen Ländern der inneren Produktion schwere Konkurrenz bereite. Bezüglich der Schladensteine ist Redner für Zollfreiheit. Aber die übrigen bedürften einer Erhöhung, nur frage es sich, ob die Höhe in den Anträgen Wolkensbuhr und Schrempf der Schweiz importierten.

Wolkensbuhr geht auf den gestrigen Ausspruch Pasadows ein, daß mit dem Hinweis auf die Kulturinteressen des Bundes sich jede Zollsuypolitik bekämpfen lasse. Pasadowitz habe dabei wahrscheinlich an die Zeit gedacht, in der er noch Freihändler gewesen sei. Daher ferne er die guten Gründe, die er heute selbst in den Wind schlage. Die deutschen Klinker seien billiger im Preise als die schwedischen, aber die bessere Qualität der schwedischen mache tatsächlich dieselben billiger wegen der längeren Haltbarkeit. Beim Bau von Leuchttürmen, von Schleusen usw., dürfe man nicht auf die Billigkeit des Materials sehen, sondern müsse die Qualität bevorzugen.

Redner wendet sich dann gegen die abermals gemachte falsche Behauptung, daß die sozialpolitischen Kosten die inländische Produktion belasten und legt rechnungsmäßig dar, daß diese Kosten 2/30 Pf. pro Tag und Kopf der Arbeiter betragen. Schrempf habe also die grundlosen Behauptungen wiederholt. Auch die Fürsorge für einheimische Arbeiter sei nicht echt. Können die Ziegelfabrikanten billiger Arbeitskräfte haben, stellen sie diese sofort an Stelle der deutschen Arbeiter ein. Es sei verwunderlich, daß man heute nicht auch Amerika wieder als Schreckenspest vorgeführt habe. Der Antrag Herold belege die kleinen Landwirte, die Schladensteine zu Viehställen verwendeten. Durch die Verteuerung der Klinker würden besonders die kleinen Landstädte betroffen, die Klinker zum Trottoirbelag verwendeten.

Schrempf meint, wenn der Bundesratsbevollmächtigte für Bremen so gesagt habe, der Entwurf sei ein Kompromiß, das im Bundesrat zu stande gekommen sei, so gehe das Reichstag gar nichts an. Wir wollen der Regierung durch unsre Beschlüsse Waffen geben, denn das wissen wir, daß Handelsverträge nicht genau nach diesen Beschlüssen fertig werden. Aber dem Auslande gegenüber brauchen wir nicht so vorsichtig zu sein, wie die Regierung uns aurd.

Pasadowitz wird für die Vorlage stimmen. Der Staatssekretär habe sich zu Unrecht Vorwürfe gemacht, er erlaube die großen Verdienste des Staatssekretärs an. Er habe nicht als Professor, sondern als langjähriger praktischer Erfahrung gesprochen. Es wird uns immer vorgeworfen, daß wir über die Steuererhöhungen hinausgingen, und gezzt, was wir für staatsgefährliche Elemente seien. (Geisterhell.) Anträgen auf Ermäßigung kommt die Regierung entgegen, Erhöhungen nicht.

Graf Pasadowitz erklärt, Pasadowitz habe sein Verhalten nicht erregt, aber er, Redner, sei bezüglich der Pflastersteine anderer Ansicht als Pasadowitz. Die Regierungsoffiziere hätten die Pflicht, die Vorlage zu verteidigen.

Gothein tritt für seinen Antrag ein.

Ein Schlussantrag Herolds wird angenommen.

Position 704 wird nach der Vorlage angenommen; zu Position 713 wird der Antrag Wolkensbuhr angenommen; zu Position 714 wird nach dem Antrag Wolkensbuhr das Wort „Handarbeit“ nach „Hintermauerungssteine“ eingefügt, ferner wird zur

ersten Unterpostion der Wankenhorn'sche Zollfuß von 0,10 M., zur zweiten die Vorlage und Position 718 nach der Vorlage angenommen.  
 Die Positionen 715, Mauersteine, glasiert — 1 M.; 717/18, Dachziegel, 717 unglasiert, Dachziegel, Dachziegel — 0,15 M.; Dachziegel und Holzdachziegel — 0,50 M.; 718, glasierte aller Art — 1 M. werden verbunden.  
 Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.  
**Wankenhorn** beantragt zu 717 statt 0,15 M. zu setzen: 0,20 M.  
**Wotheln** beantragt statt 0,15 M. zu setzen: Zollfrei.  
**Stathagen** tritt für Zollfreiheit ein. Von den socialpolitischen Kosten dürfte man schon deshalb nicht reden, weil sie doch wieder auf die Arbeiter abgewälzt würden. Aber durch die Zölle würden die Arbeiter noch extra belastet.  
**Wankenhorn** begründet seinen Antrag mit dem Hinweis auf die schwebende Konkurrenz.  
**Schweimert** erklärt, daß durch den Zoll unsere Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn gefährdet werde. Nach der Statistik sei die Einfuhr dieser Waren aus der Schweiz minimal.  
 Position 715 wird nach der Vorlage angenommen; ebenso 717 und 718.  
 Schluß 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr.

**Druckfehler-Berichtigung.** Im Bericht über die 87. Sitzung heißt es in der 2. Spalte: „Aber die Mehrzahl der Wähler ist gegen jede Zollserhöhung“. Selbstverständlich muß es heißen: Die Mehrzahl der Wähler.

### Aus Industrie und Handel.

**Lohnherabsetzungen in den Krupp'schen Werken.** Kürzlich berichteten wir, daß, wie auf verschiedenen anderen größeren Eisenwerken und Hütten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, so auch bei Krupp Lohnreduktionen stattgefunden. Nach neueren Mitteilungen wurden z. B. den Schmieden im Fahrzeugbau 10 bis 12 Prozent auf sämtliche Arbeiten abgezogen, den Hoblern, Stögern, Präparern werden die gleichen Abzüge gemacht. In einzelnen Arbeitsstätten beträgt der Abzug sogar 40 Prozent.

**Der Coalverband des Westfälischen Coalshubdits** betrug im Juni 1902 537 900 Tonnen gegen 538 690 Tonnen im Mai d. J. und 539 014 Tonnen im Juni 1901. Von dem Verband entfallen 512 329 Tonnen (i. R. 517 668 Tonnen) auf die Mitglieder des Syndikats, 24 245 Tonnen (20 434 Tonnen) auf die Privatlokoforeen und 1866 Tonnen (911 Tonnen) auf den Landabfuhr. Der Verband während des ersten Halbjahres 1902 berechnet sich auf 3 063 057 Tonnen gegen 3 020 503 Tonnen im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Hier von entfallen 149 026 Tonnen (122 306 Tonnen) auf die Privatlokoforeen, 18 045 Tonnen (17 632 Tonnen) auf den Landabfuhr und 2 895 986 Tonnen (3 490 474 Tonnen) auf die Mitglieder des Syndikats. Der Abzug der Mitglieder hat somit gegen das Vorjahr eine Verminderung um 585 400 Tonnen erfahren, dagegen ist der Verband der Privatlokoforeen um 27 500 Tonnen gestiegen.

**Ueber die Lage der englischen Banken im ersten Halbjahr 1902** berichtet die „Post“ folgend:

Die englischen Banken haben in der ersten Hälfte d. J. 1902 im allgemeinen befriedigend gearbeitet. Nur zwei englische Banken haben niedrigere Dividenden als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres zu erklären nötig gehabt, nämlich die Bank of Liverpool, die wegen der bekannten großen Defraudation die Dividende um 1 Proz. auf 13 Proz. reduzierte; ferner ging die Interimsdividende National der Provincial Bank of England von 20 Proz. auf 18 Proz. p. a. zurück. Von den irischen Banken zeigte die Bank of Ireland einen Dividendenrückgang um 1/2 Proz. auf 11 1/2 Proz. In folgenden stellen wir die Nettoerträge der hervorragendsten englischen Bankinstitute für das letzte Halbjahr denen der korrespondierenden Semester der Vorjahre gegenüber:

	1902	1901	1900
London and Westminster . . .	218 457	230 908	230 532
London Joint Stock . . . . .	126 631	134 173	130 644
Union of London . . . . .	117 783	118 549	118 735
Bar's . . . . .	188 580	160 955	176 877
London City and Midland . . . .	304 779	283 063	248 177
London and Provincial . . . . .	95 175	87 200	86 170
London and South-Western . . . .	83 588	86 647	81 707

Danach weisen die drei eigentlichen hauptstädtischen Banken, die London and Westminster, die London Joint Stock und die Union Bank of London einen Rückgang des Gewinnes gegenüber dem Vorjahre auf. Diejenigen Institute, welche neben einer ausgedehnten Citybankgeschäft ein großes Provinzialgeschäft betreiben, konnten dagegen erhöhte Gewinne erzielen. Die Paris Bank, welche eine große Klientel unter den Effektenmaklern der City, daneben aber ein sehr umfangreiches Geschäft in Liverpool und Lancashire betreibt, weist eine Erhöhung des Gewinnes um rund 28 000 Pfd. Sterl. gegen 1901 auf.

**Entwicklung der dänischen Butterindustrie.** Bekanntlich hat die Landwirtschaft Dänemarks in den letzten Jahrzehnten eine andre Richtung eingeschlagen, wie die des östlichen Deutschlands. Als Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts infolge der wachsenden Konkurrenz auslands und der Vereinigten Staaten von Amerika ein allgemeiner Preisfall des Getreides eintrat, suchte man in Dänemark nicht künstlich den alten Zustand durch Zölle zu erhalten, sondern wandte sich dort alsbald energisch der Viehzucht und der Verwertung von tierischen Produkten zu. Besonders nahm die Buttererzeugung für die Ausfuhr einen bedeutenden Aufschwung. Man erkannte, daß die Herstellung guter und gleichmäßiger Butter nicht auf den einzelnen kleinen Bauernhöfen erfolgen könne, sondern daß man Meiereien herrichten müsse, in denen die Buttererzeugung unter denselben Bedingungen geschehe wie auf den Gutshöfen. Es sind darauf namentlich in den Jahren 1886—1890 zahlreiche Genossenschaftsmeiereien entstanden, und je zahlreicher sie wurden, desto mehr vervollkommnete sich der Betrieb. Die Anzahl der jetzt bestehenden Genossenschaftsmeiereien wird auf 1067 angegeben, in welchen ein Kapital von ungefähr 25 Millionen Kronen angelegt sein soll. Nur einzelne Meiereien haben weniger als 100 Kühe. Die meisten nehmen die Milch von 5—800 Kühen an, und einige verarbeiten Milch von 1200—1500 Kühen.

Die nachfolgende Tabelle läßt erkennen, in welcher Weise die Ausfuhr, die Einfuhr und die Ueberseehausfuhr (die Ausfuhr nach Abzug der Einfuhr) gestiegen ist:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberseehausfuhr
	Millionen Pfd.		
1865—69 durchschnittlich	1,06	9,85	8,79
870—74	3,66	20,71	17,05
1875—79	4,94	26,32	21,38
1880—84	6,91	29,14	22,23
1885—89	10,79	50,65	39,86
1890—94	25,27	97,43	72,16
1895—99	33,32	132,00	98,68
1900	42,37	153,10	110,73
1901	48,56	170,52	121,96

### Sociales.

**Schwierige Rechtsverfolgung gegen Offiziere.** Der Oberleutnant G. und der Oberst v. Sch. in Würzen (Sachl.) hatten ihre Dienstmädchen, obgleich diese längere Zeit bei ihnen beschäftigt waren, nicht bei der zuständigen Ortskrankenkasse zur Invalidenversicherung angemeldet. Die Kasse ersuchte daher die vorgelegte Aufsichtsbehörde, auf Grund des § 179 des Invalidenversicherungsgesetzes, gegen die Offiziere einzuschreiten, welcher Geldstrafe bis zu 20 M. für unterlassene Meldung androht. Die Behörde lehnte aber den Antrag ab, da sie zu dessen Verfolgung nicht zuständig sei. Eine hiergegen erhobene Beschwerde wurde von der Kreisoberhauptschulthei Leipzig zurückgewiesen. Die Kasse legte nunmehr die Angelegenheit der Landesversicherungsanstalt für das Königreich Sachsen in Dresden vor, die zwei Militärbehörden bezeichnete, bei denen die Sache anhängig zu machen sei. Die Kasse reichte auch dort die Anträge ein. Während die eine Militärbehörde antwortete, daß nach

den angestellten Erörterungen nur ein „Versehen“ vorliege, das durch die inzwischen erfolgte Anmeldung wieder gut gemacht sei, somit sich die Angelegenheit für die Behörde erledigt habe, antwortete die andre, daß das Militärgericht zum Einschreiten nicht zuständig sei. § 2 der Militär-Strafgerichts-Ordnung bestimme, daß den bürgerlichen Behörden die Untersuchung und Entscheidung wegen Zuwiderhandlung gegen Polizeigesetze und Verordnungen dieses Inhalts überlassen bleibt. Dieser Paragraph sei eingefügt worden, um die leichtesten Delikte, namentlich die mit Ordnungstrafen bedrohten Uebertretungen, von der Militärstrafgerichtsbarkeit auszunehmen. Der § 179 des Invalidenversicherungsgesetzes sei in diesem Sinne ein „Polizeigesetz“, zu dessen Durchführung die bürgerlichen Behörden zuständig seien. Daraus rief die Kasse wieder den Stadtrat in W. an, der aber wiederum ein Einschreiten gegen die Offiziere ablehnte, da er keine Veranlassung habe, von seiner früheren Ansicht, die auch von der Kreisoberhauptschulthei bestätigt worden sei, abzugehen. Die Kasse legte nunmehr die ganze Angelegenheit dem Ministerium vor, das die Akten zu einer anderweitigen Entscheidung an die Kreisoberhauptschulthei Leipzig zurückgab. Diese vertrat aber ebenfalls auf ihrer erstmaligen Entscheidung, da nach ihrer Meinung zum Einschreiten gegen die Offiziere die Militärbehörden zuständig seien. Das Invalidenversicherungsgesetz sei kein Polizeigesetz. Die Kreisoberhauptschulthei erteilte dem Stadtrat in Würzen den Auftrag, die Kasse in diesem Sinne zu belehren und zu betragen, ob sich nunmehr ihre Eingaben erledigt haben (?). Die Kasse aber vernichtete sich nicht und rief das Oberverwaltungsgericht an. Dieses aber wies die Kasse mit ihrem Refus ab. Die Gründe sind sehr interessant: Die Anfechtungsklage konnte nicht für zulässig erachtet werden, so heißt es in denselben, da die Kasse nicht als „Beilegte“ im Sinne von § 73 des (sächsischen) Gesetzes vom 19. Juli 1900 zur Klageerhebung berechtigt war. „Beilegte“ ist nicht schon derjenige, der an der Sache ein Interesse hat, sondern nur der, welcher durch die, die Strafthat bildende Handlung selbst betroffen und in seinen Rechten durch sie unmittelbar gekränkt ist. An einer solchen Kränkung fehlt es im vorliegenden Fall. War aber schon aus diesen Gründen die Klage abzulehnen, so kann dahin gestellt bleiben, ob man zu demselben Ergebnis nicht auch im Hinblick auf die inzwischen eingetretene Verjährung der Strafverfolgung hätte kommen müssen. Im übrigen soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß das Oberverwaltungsgericht der Rechtsauffassung der Kreisoberhauptschulthei über die Unzuständigkeit des Stadtrats zum Erlaß der begehrten Strafverfügungen nicht beigetreten vermog.

Daß die Unterlassung der Offiziere strafbar ist, war ja auch allen den angerufenen Behörden nicht zweifelhaft, die eine Militärbehörde aufgenommen; daß aber erst das oberste Gericht angerufen werden mußte, um festzustellen, daß in der That hier die bürgerliche Behörde zuständig war zur Straffestsetzung gegen die Offiziere, das ist besonders bemerkenswert, wenn man erwägt, wie straflos alle Behörden, namentlich in Sachsen, sonst zu sein pflegen, wenn es sich um gewöhnliche Straftaten oder gar um Arbeiter handelt. Aber ebenso bemerkenswert ist trotzdem auch die Erklärung des Oberverwaltungsgerichts, daß die Kasse gar nicht klageberechtigt bei ihm war, weil sie nicht beteiligt sei. Und doch ist die von den Offizieren unterlassene Anmeldung bei der Kreisoberhauptschulthei anzubringen, weil sie nach sächsischer Landesvorschrift die Beiträge einzuziehen hat und ihr steht deshalb auch die Geldstrafe zu, die festzusetzen war. Aber dennoch nicht beteiligt!

### Wie man Verbrecher züchtet.

Der „Kottbusser Anzeiger“ berichtet aus Kottbus: Begleitet von einer großen Schar Altersgenossen wurde heute früh ein 13jähriger Schulknabe, der vom Schöffengericht wegen wiederholten Diebstahls zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden war, durch die Spremberger- und Dresdenerstraße nach dem Centralgefängnis geführt, wofür er seine „Porten“ zubringen wird.

Es ist schon aufs Schärfste zu bemerken, einen dreizehnjährigen schledt erzogenen Jungen ins Gefängnis zu setzen, anstatt für eine ordentliche Erziehung zu sorgen, so muß geradezu als Barbarei bezeichnet werden, die Art, den Jungen an den Pranger zu stellen. Man kann sich denken, was für ein moralisches Spiegelexemplum die große Schar Altersgenossen dem armen Jungen auf seinem Wege bereitet haben mag; er hat nun in den vier Wochen der Einsamkeit Zeit, nachzudenken, wie er sich nicht bloß gegen die rüden, die ihn auf seinem Leidenswege verhöhn, sondern sie wird sich richten gegen alles Gute; Traurigkeit und Verbitterung wird von seinem Herzen Besitz ergreifen und in dieser Stimmung, die im Gefängnis sicher nicht gemildert werden wird, wird er irgend etwas Schlimmes thun, sobald er herauskommt, und so wird er auf die Bahn des Verbrechens getrieben und zum Gewohnheitsverbrecher werden.

**Das Bleiweiß.** Der neue französische Handelsminister Trouillot hat ein Dekret betr. die Anwendung von Bleiweiß bei Malern und Anscheidern erlassen. In den Weißereien ist die Anwendung von Bleiweiß nur in Reinform gestattet. Stoffe, welche Bleiweiß enthalten, dürfen mit der Hand direkt nicht verarbeitet werden. Trockene Abfärbungen und Durckpauken bezw. Wischen mit Bleiweiß ist verboten; wässrige Wischen und Durckpauken ist gestattet. Wo Bleiweiß zur Verwendung kommt, hat der Unternehmer für besondere Unterleider und für deren häufige Reinigung zu sorgen; ebenfalls sind die Werkzeuge durch seine Fürsorge häufig auf wässrem Wege zu reinigen. Die Strafen sind ziemlich hohe; der Unternehmer wird zum erstenmale mit 5—200 Fracs. pro Tag und Arbeiter, im Wiederholungsfall mit 50—500 Fracs. pro Tag und Mann bestraft.

### Sociale Rechtspflege.

**Wertmeister oder bloß „Anspasser“.** Der Werkführer D., der 10 Jahre bei der Firma Rinow u. Kays beschäftigt war, wurde während einer Krankheit entlassen, nachdem er sich seinen Lohn für die ersten 14 Tage seines Krankheits erbeten hatte. O. verklagte demnach die Firma beim Gewerbegericht auf Zahlung des Gehalts für 6 Wochen abzüglich des von der Krankenkasse bezogenen Krankengeldes. Er machte geltend, daß ihn als Wertmeister nach der Gewerbe-Ordnung der Lohn für 6 Wochen auch für den Fall noch zustehe, daß er wegen Krankheit hätte entlassen werden dürfen. Herr Rinow bestritt, daß O. überhaupt Wertmeister gewesen sei. Kläger sei 1892 als Dreher engagiert worden, zuletzt nur Vorarbeiter oder Aufscher gewesen. Der frühere Vorarbeiter sei seinerzeit krank geworden und da habe er zum Kläger gelangt: „Bitte, passen Sie da drinnen ein bißchen auf“. Aus Anstand habe er dem Kläger auch die Feiertage bezahlt. Ein ehemaliger Arbeiter Rinows bekundete jedoch, daß er bei seinem Engagement sogar den Einbruch gewonnen habe, daß D. der zweite Chef wäre, denn O. habe ihn in Gegenwart Rinows engagiert und gesagt, wenn seine Leistungen gut seien, könne er jahrelang in der Stellung bleiben. Der Kläger habe auch die Arbeit ausgegeben und abgenommen sowie nachgesehen. Ferner habe er Muster gemacht und verschiedene Male Zeichnungen, die er zu Hause angefertigt, mit ins Geschäft gebracht. Alle Arbeiter nannten den Kläger Wertmeister. — Der Kläger bezog Wochenlohn und die Feiertage wurden ihm nicht abgezogen.

Das Gewerbegericht unter dem Vorsitz des Herr Dr. Schalhorn verurteilte die Beklagten zur Zahlung von 165 M. Begründend wurde ausgeführt, daß auf Grund der Verwirklichung und der Verhandlung ausreichend erwiesen sei, daß Kläger die Werkstatt geleitet habe. Dann sei auch sein Lohn ein fester gewesen, so daß er als Wertmeister gelten müsse. Als solcher habe er aber trotz der gesetzlichen Zulässigkeit der Entlassung wegen Krankheit Anspruch auf Fortbezug seines Lohnes für 6 Wochen.

**Etwas vom Accordvertrag.** Die Metallarbeiter W. und M., die bei der Firma Schmidt u. Hedendahl arbeiteten, hatten einen größeren Accord übertragen bekommen. Der Preis, den die Firma zahlen wollte, wurde ihnen erst später genannt. Es sollte 300 Mark geben. W. und M. glaubten jedoch, damit nicht zurecht zu

kommen, und suchten eine andre Forderung zu erzielen. Der Meister erklärte ihnen darauf, daß sie „aufhören“ müßten, wenn ihnen der Preis von 300 Mark nicht passe. Sie erachteten sich durch die Worte: „Dann hören Sie auf“, für entlassen, verließen die Arbeit und beanpruchten durch Klage beim Gewerbegericht eine Entschädigung in Höhe eines angemessenen Accordbetrages abzüglich der bereits erhaltenen Teilzahlungen. Die Kammer V des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Gewerberichters Dr. Schalhorn verurteilte die Beklagten, den Klägern noch 80 M. zu zahlen. Begründend wurde ausgeführt: Die Bestimmung der Arbeitsordnung, daß die Arbeiter jederzeit entlassen werden könnten, finde nicht Anwendung auf das Accordverhältnis, denn die Abmachung eines Accordes sei ein bestimmter Vertrag auf vollständige Ausführung eben jenes Accordes. Im vorliegenden Fall spreche außerdem gegen die Anwendung des Abmachungsvertrags auf den Accord die Bestimmung derselben Arbeitsordnung, wonach ein geringerer Lohn an Stelle des Accordpreises dann treten solle, wenn der Arbeiter schuldhaft vor Beendigung eines Accordes die Arbeit niederlege. Somit hätten die Kläger im Laufe des Accordes nicht ohne geschäftlichen Grund entlassen werden können. In dem Vorgehen des Meisters sei nun aber hier eine ungerechtfertigte Entlassung zu sehen, so daß den Klägern ein Anspruch auf die ganze Accordsumme zugesprochen werden müsse. Ein bestimmter Preis sei allerdings nicht ausgemacht gewesen, die Firma habe aber als angemessen ihrerseits 300 M. anerkant. Das Gericht lege diesen Sach seiner Entscheidung zu Grunde, da ein anderer nicht feststehende und nicht zu ersehen wäre, daß er unangemessen sei. Die Kläger hätten bereits 220 M. erhalten, also lämen ihnen noch 80 M. zu.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Vom Untergang des Dampfers „Primus“.

**Hamburg, 22. Juli.** Der Führer des gesunkenen Dampfers „Primus“ erklärte einem Berichterstatter, daß er, als die Kollision erfolgte, so nahe am nördlichen Ufer fuhr, wie er wegen des niedrigen Wassers nur fahren konnte. Er habe einige Passagiere an der Nordsieder Brücke absetzen wollen und habe auf diese zu gehalten. Es sei ganz unmöglich, daß man an Bord der „Hanja“ sein rotes Lat haben sehen können. Er habe seinen Kurs nicht geändert, dagegen habe „Hanja“ zu weit nach Nord gesteuert. „Hanja“ hätte viel früher links halten müssen, da dort ihr richtiges Fahrwasser sei. Nach dem Zusammenstoß habe er viel Passagiere vom Bord nach der „Hanja“ hinübergeschoben. Er sei dann durch das Gedränge ins Wasser gestochen worden, es sei ihm aber gelungen an einer Kette auf die „Hanja“ zu klettern. Er begab sich wieder auf den „Primus“, um Leute zu retten, fügte ein zweites Mal ins Wasser, konnte aber am Bug nochmals auf die „Hanja“ gelangen. Er besaß dann deren Boot und rettete in Gemeinschaft mit den Matrosen der „Hanja“ noch etwa 30 Menschen bei dreimaliger Fahrt nach dem Lande. Der Decksraum stürzte und ein älterer früherer Schiffsführer, der am Ruder auf dem „Primus“ stand, bestaunte diese Angaben. Der Restaurateur Drechsler erklärte, daß die Kollision querab von der Riemfahrl Bräuerie stattfand. Nach etwa 3 bis 4 Minuten sank das Hinterdeck des „Primus“ auf Grund. Die Erde ließ das Vorderdeck links herum schwojen, worauf der „Primus“ nach Backbord umfiel. Dadurch schützten etwa 70 Personen ins Wasser. Drei Frauen, die unter dem Geländer festgenommen waren, wurden von Drechsler durch das Geländer gestochen und sind dann aus dem Wasser gerettet worden. Drechsler, der sein achtjähriges Kind im letzten Augenblick aus der Kommer in der Hinterkajüte holte, behauptet mit großer Bestimmtheit, daß im Schiff sich keine Person mehr befand. Nur eine Frau war vorn im Geländer festgenommen und sei mit in die Tiefe gezogen worden.

Der Tanker Bedendorf hat den „Primus“ nachmittags schon etwas gehoben und ihn dem Strande näher gebracht.

#### Vom Herkolen Kriegsschauplatz.

**Paris, 22. Juli.** (W. T. V.) Am Schluß der heute stattgehabten Preisverteilung in einer Kongregansien-Schule in der Avenue Parmentier hielt Coppée eine Rede gegen die bezüglich der Kongregansien-Schulen ergriffenen Maßnahmen. Als das Publikum, welches der Preisverteilung beigewohnt hatte, die Schule verließ, kam es mehrfach zu lärmenden Austritten. Während Coppée und der Deputierte Lerolle, denen mehrere Damen folgten, das Gebäude verließen, ertönten aus der vor der Schule versammelten Menge die Rufe „Freiheit“, „Freiheit“. Als ein Polizeibeamter nur Coppée und zwei oder drei Personen herausretten lassen wollte, drängte das Publikum vor und schloß sich Coppée im Auge an. Die Polizei vertrieb hierauf die Manifestanten, die vielfach Widerstand leisteten, und schließlich wurden Coppée, der Deputierte Lerolle, der Ministralat Gaston Méry und ein Pfarrer auf das Polizeibureau gebracht.

**Paris, 22. Juli.** (W. T. V.) Bei den Kundgebungen vor der Kongregansien-Schule in der Avenue Parmentier ist auch der Graf Urbain de Maillé verhaftet worden; er wird zur Verfügung der Gerichtsbehörde in Haft gehalten.

Die bei den Kundgebungen in der Avenue Parmentier verhafteten Coppée, Lerolle und Gaston Méry wurden 7 Uhr abends wieder in Freiheit gesetzt.

Als die Deputierten Ardeacon, Anglès, Gotti und das Mitglied des Gemeinderats Lemerout fünf Kommen, welche infolge des Kongregansiengesetzes Paris verlassen wollten, von ihrer Schule in der Rue Saint Roch nach dem Bahnhof Saint Lazare begleiteten, kam es in der Avenue de l'Opéra zu verschiedenen Anhebungen. Es entstanden Prügeleien, mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

#### Die Lage in Haiti.

**Haiti, 22. Juli.** (W. T. V.) Die Behörden teilten dem Konsulatscorps mit, daß sie mit Rücksicht darauf, daß ein gleichzeitiger Angriff zu Lande und zu Wasser auf die Stadt bevorstehe, für die Sicherheit der Fremden nicht einstehen könnten. Die Konsuln haben bei ihren Regierungen um Entsendung von Streitern nachgefragt.

**Haiti, 22. Juli.** (Meldung der „Agence Havas“.) Die Lage in Port au Prince ist ernst und gestattet dem dortigen französischen Gesandten nicht, ein Kriegsschiff hierher zu senden.

**Breslau, 22. Juli.** (W. T. V.) Die Staatsanwaltschaft hatte gegen das freisprechende Urteil bezüglich der im Breslauer Keddereiprozess Mitangeklagten Schäfer, Goldhader und Ernst Breslauer Revision eingelegt. Wie der „Bresl. Gen.-Anz.“ mitteilt, hat die Staatsanwaltschaft dieses Rechtsmittel wieder zurückgezogen, so daß das Urteil der 2. Strafkammer jetzt in vollem Umfang rechtskräftig ist.

**Stettin, 22. Juli.** (W. T. V.) Gestern abend nach 10 Uhr erschoss in dem nahe Stolpenhagen der Arbeiter Genz den Arbeiter Jäger mit einem Taschenmesser, weil letzterer die Sachen in Genz Wohnung zerstückelt. Genz sorgte noch für Ueberführung des Opfers in das Kranenhaus und stellte sich dann selbst der Polizei.

**Görs, 22. Juli.** (W. T. V.) Während des gestrigen Unwetters führte der Flokennurm der Kirche in Jupine mit großem Getöse ein. Die umliegenden Häuser wurden stark beschädigt.

**Paris, 22. Juli.** (W. T. V.) Die Subscription für Martinique hat bisher die Summe von 5 308 382 Fr. ergeben.

**Dinant, 22. Juli.** (W. T. V.) 300 Weber der Firma Dubin haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.

**New York, 22. Juli.** (W. T. V.) Ein Telegramm aus Kingston auf St. Vincent meldet: Heute wurde hier in frühster Morgenstunde wieder ein heftiger, lang andauernder Erdstoß verspürt. Die Einwohner flohen erschreckt in Kellern auf die Straßen und blieben dort bis Tagesanbruch. Die durch die letzten Erdstöße teilweise zerstörten Häuser werden im Interesse der öffentlichen Sicherheit niedergedreht. Das Wetter ist sehr böig, und die See tritt von der Küste zurück, man befürchtet deshalb, daß es sich um eine Flutwelle handelt.

Partei-Nachrichten.

Zu der Angelegenheit der oberschlesischen Reichstags-Kandidaturen teilen uns unsere Parteigenossen mit, daß sie zu ihrer demnächst stattfindenden Konferenz einen Vertreter der polnisch-socialistischen Partei eingeladen haben, mit dem hoffentlich eine Einigung erzielt wird.

Dem Internationalen socialistischen Bureau ist jetzt die socialdemokratische Partei von Finnland beigetreten.

Mit dem Rechtsanwalt Dewitz-Krebs beschäftigte sich eine Protestversammlung in Dortmund. Sie nahm schließlich folgende Resolution an:

Die heute im Saale des Herrn Mühlhausen tagende Volksversammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die beleidigenden Vorwürfe, die die Herren Kriminalkommissar Holz und Amtsanwalt von Dewitz-Krebs gegen die Dortmunder Socialdemokraten erhoben haben. Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß es nicht möglich war, die betreffenden Beamten gerichtlich zur Rechenschaft zu ziehen. Sie erklärt, daß das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts im schroffsten Widerspruch zu dem Rechtsverständnis des Volkes steht. Die Versammlung erklärt des weiteren die ganze Einrichtung der politischen Polizei für zwecklos und schädlich und fordert deren Beseitigung. Sie verpflichtet sich endlich, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß am Tage der nächsten Reichstagswahlen dem herrschenden System für alle Vorgänge der letzten Zeit die entsprechende Qualifikation angesetzt wird.

Am den Halleischen Agitationsbezirk hat sich jetzt der Wahlkreis Sangerhausen-Wehrstedt durch Beschluß seiner Kreiskonferenz angeschlossen. Gleichzeitig wurde die Einführung des „Halleischen Volksblattes“ an Stelle der „Erfurter Tribüne“ beschlossen. Damit gehören jetzt alle 8 Wahlkreise des Regierungsbezirks Merseburg zum Verbreitungsgebiet des „Halleischen Volksblattes“.

Der Parteitag für Thüringen findet am 26. und 27. Juli in Apolda statt.

Der Gau Pfalz der socialdemokratischen Partei Bayerns hat seinen 13. Gantag auf Sonnabend, den 23., und Sonntag, den 24. August, nach Kaiserslautern eintreten lassen.

Von der Reichstags-Kandidatur im 10. württembergischen Wahlkreis ist der Genosse Keil, Redacteur der „Schwäbischen Tagwacht“ und Mitglied der württembergischen Zweiten Kammer, zurückgetreten. Als Grund giebt er an, daß ihm die in der Redaktion eingetretenen Personalveränderungen vermehrte Arbeit und Verantwortung gebracht hätten, so daß er weitere Aufgaben nicht übernehmen könne.

Der kommunistische Arbeiter-Bildungsverein in London hat nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten ein neues Heim gefunden, das Sonnabend, den 20. d. Mts., feierlich eröffnet werden wird und wozu alle Freunde von nah und fern herzlich eingeladen sind. Das neue Lokal, das viel schöner und größer ist als das alte in 49 Tottenham Street W., befindet sich in einer Hauptstraße und nicht wie früher in einer kleinen Nebenstraße und entspricht allen modernen Anforderungen. Die Baukosten waren sehr hoch und dürften (ohne innere Einrichtung) ca. 1400 Sterl. (28 000 M.) betragen. Obwohl die Mitglieder ihr möglichstes thaten, um die nötigen Geldmittel zu beschaffen, ist es dennoch unmöglich gewesen, den ganzen Betrag aufzubringen. Deshalb werden die alten Freunde des Vereins gebeten, etwas zum Klubhaus-Fonds beizutragen. Dies kann auf zweierlei Weise geschehen, entweder durch Spenden an den Klub oder durch Abnahme von Anteilsscheinen der Communist Club Buildings Company, Limited, die zum Zweck der Ausbringung der nötigen Mittel gegründet wurde. Die Anteilsscheine lauten auf 1 Pf. Sterl. und werden mit 5 Proz. verzinst. Weitere Auskünfte werden bereitwillig vom Sekretär erteilt. Die neue Adresse ist: Communistischer Arbeiter-Bildungsverein (Communist Club) 107 Charlotte Street, Fitzroy Square, W. London.

Polizeiliches, Gerichtliches usw. Wegen Beleidigung des deutschen Kaisers und des Prinz-Regenten von Varen sowie wegen Vergehens gegen § 131 des Strafgesetzbuchs (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen) ist jetzt die Untersuchung eingeleitet worden gegen die Genossen Hans Kollwagen als Redacteur, Frau Kollwagen als Druckerin und Hans Gebhardt als Verleger der „Augsburger Volkszeitung“. Die Straftaten sollen begangen sein im ersten und letzten Absatz des Artikels „Majestätsbeleidigungen einst und jetzt“, der in einer ganzen Anzahl Zeitungen erschienen ist und wegen dessen die betreffende Nummer der „Augsburger Volkszeitung“ konfisziert wurde.

Aus Danzig. Die „Königsberger Volkszeitung“ veröffentlicht folgenden Tagesrapport vom Danziger Kriegsschauplatz: Am 18. Juli bereitete die Polizei der Frau Berger, der Jahaberin des Parteilokals, eine neue Ueberraschung. Nachdem wieder, wie am Vorabend, an der verschlossenen Thür des Lokals heftig gepölkert war, glaubte Frau Berger, als eine Weile alles ruhig blieb, weiteren polizeilichen Besuch für diesen Abend nicht mehr erwarten zu dürfen. Sie begab sich in die Küche, als plötzlich aus dem Dunkel des hinteren Hofes zwei Schupmannsbefehle aufblinzelten und sich ihr der Wachtmeister Schaap vorstellte, der sogar in seinem Amtseifer selbst den Weg durch den Keller nicht gekent hat, um etwaliche Verhörungen der roten Rotte festzustellen. Er konnte aber selbst durch Abkneipen des Lokals mit einem Streichholz nur konstatieren, daß sich auch nicht eine einzige Menschenseele darin aufhielt.

Am 19. Juli hielt sich eine Anzahl Genossen und Gewerkschafter zwecks Abhaltung der Klassenabende, für welchen Zweck das Lokal an die Kaffeehaus-Verwaltung vermiethet war, in dem Lokal auf. Gegen 1/10 Uhr erschien der Wachtmeister Schaap mit 12 Schupmannen und verlangte die Räumung des Lokals. Alle Einsprüche unbeachtet lassend, notierte er einige der Anwesenden, um dann scheinbar noch einmal den Räumungsbefehl zu wiederholen. Ruhig verließen alle Genossen das Lokal.

Uebrigens finden sich jetzt schon jeden Abend gegen 8 Uhr mehrere Personen, wie zum Theater, in der Probbantengasse ein, damit ihnen nur nichts von dem polizeilichen Schauspiel entgeht.

Auch eine Beleidigung. Bei der Gewerbegerichtsverhandlung in Krimmichau (Sachsen) ging es um die Mittagszeit die starken Andrange etwas langsam. Da trat der Genosse Horn an den Tisch und sagte: „Die Listen sind wohl noch nicht fertig, die Arbeiter können nicht so lange warten, sie müssen wieder auf Arbeit“. Dies betrachtete der Wahlvorsteher, Stadtrat Zeiner, als eine gegen ihn gerichtete Beleidigung und stellte Strafantrag. Die Klage wurde vom Staatsanwalt erhoben, vom Gericht verhandelt und Horn thatsächlich wegen nichts als dieser Aeußerung zu 15 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sogar eine hohe Strafe gefordert. Es sei eine Beleidigung, wenn man gegen jemand einen Vorwurf erhebe, welcher nicht gerechtfertigt sei. Horn habe mit der Aeußerung eine Mißachtung ausdrücken wollen. Er sei mit der vorgelesenen Meinung hingegangen, es sei etwas nicht in der Ordnung, es werde so langsam gearbeitet, daß der Wähler sein Wahlrecht nicht ausüben könne. Noch dazu habe er nicht das geringste Recht gehabt, da er nicht einmal Wähler gewesen sei.

Der Vorsitzende dieses sächsischen Schöffengerichts sagte in der Begründung des Urteils, daß Horn sich absichtlich in dem Lokal aufgehalten habe, um die Wahlhandlung zu beobachten. Die Wahl sei allerdings langsam vor sich gegangen. Dies sei nicht anders möglich, da keine andern Kräfte sich anfertigen ließen.

Der Angeklagte habe aber geglaubt, das liege an dem Vorsitzenden, dieser habe die Wahl nicht genügend vorbereitet. Er habe damit ungewissheit zum Ausdruck bringen wollen, daß er seine Pflicht nicht ordnungsgemäß erfüllt habe.

Zur Berooffständigung dieses Bildchens aus dem Lande Mienchens gehört die Aussage eines Zeugen, eines Unternehmers, der als Beisitzer am Unternehmerrichter fungierte. Der sagte, er habe von der Aeußerung Horns sehr schlimme Folgen erwartet, z. B. daß ein Ausbruch stattfinden würde.

O wie bebber mir mei Herz!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Brillen- und Vincenzarbeiter der Firma Ritsche u. Gänther in Rathenow sind nunmehr in den Streik eingetreten. An denselben sind bis jetzt 104 Arbeiter beteiligt. Am nächsten Sonnabend werden noch 25 Einschleifer die Arbeit niederlegen.

Deutsches Reich.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ bringt in seiner neuesten Nummer den gestern von uns mitgetheilten Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskartells und bemerkt dazu, daß mit diesem Beschluß die Differenzen zwischen der Generalkommission und dem Leipziger Gewerkschaftskartell beseitigt sind, da die Generalkommission nichts anderes als die Anerkennung der Beschlüsse des Frankfurter Gewerkschaftskongresses verlangt hatte.

Die Maurer in Braunschweig haben beschlossen, überall, wo ein Stundenlohn von 50 Pf. gezahlt wird, die Arbeit wieder aufzunehmen, wo der Lohn aber herabgesetzt wird, die Arbeit einzustellen. Infolge dieses Beschlusses hat am Montag die Arbeit auf den meisten Bauten wieder begonnen. Damit dürften die Lohnkämpfe im Braunschweiger Baugewerbe beendet sein.

Die Kölner Maurer haben an die Unternehmer das Ersuchen gestellt, ihnen vom 1. August an folgende Forderungen zu bewilligen: An Stelle der bisher üblichen zehneinhalb- bis elfstündigen Arbeitszeit wird eine solche von acht bis zehn Stunden (je nach der Jahreszeit) vorgeschlagen. Die Acoorarbeit soll ganz abgeschafft und sämtliche Arbeiten im Zeitlohn ausgeführt werden. Der Mindeststundenlohn soll für Gesellen 50 Pf., bei Tiefbauarbeit 65 Pf. betragen. Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit soll nur noch in ganz dringenden Fällen geleistet und dann entsprechend höher bezahlt werden. Die Lohnzahlung soll jede Woche freitags, und zwar auf der Baustelle erfolgen. Zur Kontrollierung der Gehälter usw. soll einer Bauteil-Kontrollkommission der Maurer der Zutritt zu den Baustellen gestattet werden. Zur Regelung etwaiger Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag sollen Unternehmer und Arbeiter je fünf Personen wählen, die unter dem Vorsitz eines Gewerkschafters zusammentreten, wenn es von einer Seite beantragt wird. Die Kommission soll alljährlich, und zwar im Februar zusammentreten, um über etwaige Änderungen des Arbeitsvertrages oder dessen Festlegung auf ein weiteres Jahr zu beraten.

Die Stellmacher in Lüneburg haben die Kündigung eingereicht, weil gütliche Unterhandlungen mit den Meistern wegen Einführung der zehneinhalbstündigen Arbeitszeit keinen Erfolg hatten. Die Forderung soll nun mittels des Streiks durchgesetzt werden.

Abkündigung von Kost und Logis beim Meister war die Forderung, derentwegen die Schmiegegesellen in Königsberg i. Pr. drei Wochen gestreikt haben. Da jetzt die hauptsächlich in Betracht kommenden Meister diese Forderung anerkannt haben, so ist der Streik damit zum Abschluß gekommen. Nur einige kleinere Meister, die an dem altertümlichen Brauch des Kost- und Logiswohnens durchaus festhalten wollen, bleiben vorläufig noch gesperrt.

Vom christlichen Gewerkschafts-Zwist. In Köln fand am Sonntagabend eine jährliche Bezirksversammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes statt, zu der auch eine Anzahl christlich organisierter Holzarbeiter erschienen war. Zwischen beiden Gruppen kam es zu einem heftigen Zusammenstoß, wobei es an schweren Beleidigungen nicht fehlte. Die Versammlung war einberufen, um, wie es auf den Einladungszetteln hieß, Stellung zu nehmen zu „dem in München an dem christlichen Metallarbeiter-Verband ausgeübten Terrorismus“. Die Hauptrede hielt Herr Eder aus Duisburg, Redacteur des dortigen Centrumsblatts „Echo vom Niederrhein“. Er gab bezüglich des Ausflusses Wieders der Ueberzeugung Ausdruck, daß lediglich die entschiedene Stellungnahme Wieders gegen die Kollpläne die Ursache des Münchener Beschlusses sei. Der Redner führte unter anderem aus: Seit dem gewaltthätigen Münchener Beschluß habe man auf Seiten der christlichen Gewerkschaften jedes Recht verloren, sich über Terrorismus der Gegner zu beschweren. Wieders sei der einzige unter den christlichen Gewerkschaftsführern, der sich durch sein Eintreten für die Arbeiter finanziell geschädigt hat. „Oder“, so fragte der Redner, „kann Sie mir noch einen andren nennen. Ich kenne aber andre christliche Gewerkschaftsführer, die haben wahrhaftig die sociale Frage für sich gelöst. (Stürmischer Beifall.) Ich habe ein reiches Altenmaterial, worin Photographien von christlichen Gewerkschaftsführern enthalten sind; aber ich sehe von einer Veröffentlichung im Interesse der christlichen Bewegung vorläufig ab!“

In der Diskussion protestierten die Vertreter der Jobstellen Köln, Denz, Mühlheim a. Rh., Kall, Humboldtstraße, Hoven, Rippes, Ehrenfeld und Dären sämtlich gegen den Münchener Beschluß. Der Vertreter von Kall berichtete: Die Jobstelle Kall habe eine Resolution gegen den Münchener Beschluß gefaßt und an die Centrumsblätter geschickt. Der „Kölner Lokal-Anzeiger“ (Eigentum der Firma Bagem, der Besitzer der „Rheinischen Volkszeitung“) habe den Bericht als „ungeeignet“ zurückgeschickt. Der „Rheinische Merkur“ habe das nicht mal für nötig gehalten, und auch, als treue katholische Arbeiter und langjährige Abonnenten im Mittheilung des Grundes im Briefkasten baten, diese nicht mal einer Antwort gewürdigt. (Witruufe!) Ein anderer Vertreter erklärte: man sei sogar dazu übergegangen, mehrere christliche Arbeiter, weil sie sich durch ihre Unabhängigkeit unbeliebt machten, brotlos zu machen, obwohl sie Familienväter seien. Das schlage doch den christlichen Grundgedanken ins Gesicht. (Diefe Beschuldigung richtet sich gegen den Besitzer des „Rheinischen Merkur“, Herrn Theising, Verleger des apostolischen Stuhles.)

Die Versammlung nahm gegen 5 Stimmen von christlichen Holzarbeitern (eine große Zahl der letztern stimmte für die Resolution) eine Erklärung an, worin sie mit aller Entschiedenheit protestiert gegen die Vergeßlichkeit der christlichen socialen Metallarbeiter-Verbandes seitens der Generalversammlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Sie nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der geplanten Gründung eines zweiten Metallarbeiter-Verbandes und bezeugt diese als einen Verrat an dem christlichen Verband. Das Verhalten der Delegierten in München, die einem solchen „auf persönlichen Haß zurückzuführenden Antrag“ ihre Zustimmung gaben, wird tief bedauert. Die Versammlung verspricht, mit unverrücklicher Treue an der Verbandsleitung festzuhalten. Zum Schluß heißt es in der Resolution: „Angesichts der traurigen Thatfache, daß der Verband von der Kölner christlichen Presse (die Centrumsblätter sind gemeint), wenn auch nicht gerade belumpft, aber doch absichtlich vernachlässigt wird, müssen wir unser Verhalten gegen diese Presse in Zukunft einer Revision unterziehen.“

Nach der Annahme dieser Resolution kam es zu äußerst erregten Szenen zwischen den christlichorganisierten Holzarbeitern und den

Metallarbeitern. Es fielen Worte wie: elende Verleumder und Lump. Der Vorsitzende der Kölner christlichen Holzarbeiter beschimpfte den abweisenden Wieders als heimtückischen Angreifer, der aus dem Hinterhalt Pfeile entsende, der verdächtige usw., worauf ihm von dem Referenten erwidert wurde, daß selbst Anarchisten eine solche Komplexweise nicht üben. Die Beschimpfungen flohen unter größter Unruhe der Verammlung hinüber und herüber, bis schließlich der Wirt dazu überging, das Gas auszudrehen, um die Versammlung, die bereits über vier Stunden dauerte, zum Ende zu bringen.

In Düsseldorf gingen die Freunde Brusts sogleich nach Beendigung des Münchener Kongresses an die Gründung einer neuen christlichen Metallarbeiter-Organisation im Sinne Brusts. Aber unter den beteiligten Arbeitern stieß dies Vorgehen auf den entschiedensten Widerspruch. Sie wenden sich im „Christlichen Hauschatz“ mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, gegen Brust und dessen Absichten. In einem Aufruf werden die christlichen Metallarbeiter aufgefordert, der neuen Organisation nicht beizutreten. Unter andrem wird da gesagt:

Mit Empörung werden die Mitglieder des christlich-socialen Metallarbeiter-Verbandes dieses Ansinnen zum Verrat an ihrer Verbandsleitung zurückweisen, sollten aber dennoch Ueberläufer Herrn Brust ins Garn laufen, so wird sich das an ihnen selbst rächen und der christliche Metallarbeiter-Verband kann sich beglückwünschen, solcher Elemente los und ledig zu sein, solche passen auch besser unter die Krante des Herrn Brust, als in eine selbstgeleitete, zielbewusste Arbeiterorganisation.“

Schließlich wird die Handlungsweise Brusts in einem parodistischen Manifest bitter verhöhnt.

Herr Brust und seine Hintermänner werden ihres Münchener Sieges nicht froh werden.

Ausland.

Die italienischen Eisenbahn-Angestellten haben die Absicht kundgegeben, von neuem eventuell in einen Generalstreik eintreten zu wollen. Der Grund ihrer neuen Unzufriedenheit ist der, daß die Kammer beschlossen hat, die Maßnahmen, welche die Regierung, die Eisenbahngesellschaften und die Vertreter der Angestellten zu Gunsten der letzteren vereinbart hatten, bis zum Januar nächsten Jahres zu vertagen.

Zum Untergang des Dampfers „Primus“.

Wie der „Hamburgische Korrespondent“ meldet, ist die Zahl der bei dem Unfall des „Primus“ Vermissten vom Verstand des Seemannsvereins „Trene“ jetzt auf 96 festgestellt. An der Fahrt nahmen 173 Vereinsmitglieder einschließlich der Verwandten und von Mitgliedern Eingeführten und 10 Fremde, deren Namen nicht festzustellen sind, im ganzen also 183 Personen teil.

Bei dem Zusammenstoß drängte naturgemäß alles nach der Seite, wo die „Ganja“ lag, weil dort Aussicht auf Rettung zu winken schien. Dadurch wurde das Sinken des Schiffes beschleunigt und das Umskippen vorbereitet. Personen, die beim Zusammenstoß auf die andere Seite nach dem Lande zu hinausgeschleudert wurden, kamen in ganz leichtes Wasser. Da die „Ganja“ als Seeschiff registriert ist, wird das hiesige Seemannsamt mit dem Zusammenstoß zu befassen haben und als sachverständige Behörde die Ursache des Unfalles feststellen, worauf sie die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft überweisen wird. Aus diesem Unfall hat das Seemannsamt von dem mit Hebung des „Primus“ betrauten Tauscher Wedders ein Verdict über die Lage des gesunkenen Schiffes, die Beschaffenheit der Stelle, an welcher der Zusammenstoß erfolgte usw. eingeholt.

Nach den Erzählungen eines jungen Mannes hat sich, dem „Hamb. Fremdenbl.“ zufolge, der Unfall folgendermaßen zugetragen. In froherer Stimmung waren die Ausflügler mit dem Dampfer „Primus“ von Cranz abgefahren. Der „Primus“ befand sich nach seiner Ansicht an der Südseite des Hohewassers und hielt nach der Nordseite hinüber, so daß er der entgegenkommenden „Ganja“ das grüne Licht der Steuerbordseite zeigte. Wöglich sei auf dem „Primus“ unter den Passagieren eine englische Bewegung entstanden, da man eine Kollision befürchtete, und diese Bewegung sei in einem allgemeinen Schreidrus übergegangen als der Schiffskörper der „Ganja“ sich plötzlich dicht neben dem „Primus“ gezeigt habe und mit seinem Steben an Steuerbordseite in den hinteren Teil des „Primus“ eingedrungen sei. Das fürchterliche Krachen der eingedrungenen Schiffsplanken wurde fast überdient durch das entsetzliche Schreigeschrei von fast zweihundert Menschen, die durch die Wucht des Stoßes nieder geschleudert und durcheinander geworfen wurden. Die sich aufrufen konnten, drängten, da der „Primus“ sofort nach dem Stoße sich nach Steuerbord überlegte, nach hinten, um auf die „Ganja“, von der man Lane überwarf, hinüberzuschleudern. Es herrschte eine entsetzliche Panik. Dem Genährsmann gelang es, an einem Taus auf die „Ganja“ überzuleitern, wo er schon mehrere Gerettete vorfand. Auf der „Ganja“ wurde nun ein Post angelegt und nach dem immer tiefer sich neigenden „Primus“ geschickt, auf dem noch ein dicker Knäuel von Menschen hechtlich um Hilfe rief. Gleich darauf sank der „Primus“ in die Fluten und ritz die vielen Menschen mit sich hinab in das kalte Grab.

Ein anderer Augenzeuge, der Maurer Jellenberg, gab dem Berichterstatter desselben Blattes folgende Schilderung des Vorganges:

Der Dampfer „Primus“, das älteste Passagierschiff auf der Elbe und in ständiger Fahrt zwischen Buxtehude, Blankense und Hamburg, 1844 in England erbaut, mit den Wittliebem und Gästen der Liebertafel „Trene“, die zum größten Teil in Elbe und Barmbeck wohnten, verließ mit etwa 185 Personen, Männern, Frauen und Kindern, die St. Pauli Landungsbrücke und fuhr nach Cranz an d. E. Als gegen 12 Uhr die Rückfahrt angetreten wurde, benutzten viele Stehsteyer, die gleichfalls mit ihren Familien in Cranz gewohnt waren, den Dampfer „Primus“ zur Rückfahrt nach Hamburg. Wenn auch einige der zur Liebertafel „Trene“ gehörigen Personen zurückblieben um mit dem nächsten von dort abfahrenden Dampfer nach Hamburg zu fahren, so vergrößerte sich doch die Zahl der an Bord des „Primus“ befindlichen Personen um ein Bedeutendes. Als der „Primus“ in der Nähe von Nienstedden angekommen war, kam ihm der 1881 erbaute Schlepper der Hamburg-Amerika-Linie „Ganja“ Kapitän Lachs, gegen, der nach Brunsdansen fahren wollte, um von dort Leichter zu holen. Da beide Dampfer sich in fast gerade entgegengesetzter Richtung entgegenkamen, so mochte sie, um auszuweichen, verschiedene Rudermanöver, die jedoch den Zweck nicht erfüllten, da der „Primus“ von der „Ganja“ mittschiffs an Steuerbord getroffen wurde. Der Steben des bedeutend größeren und stärker gebauten Schleppe dampfers bohrte sich tief in die Seite des „Primus“ ein, diesen fast bis zur Mitte des Decks durchschneidend. Das Krachen des berstenden Eisens vermischte sich mit dem Krachgeschrei der auf dem „Primus“ befindlichen Personen, von denen einige beim Zusammenstoß verletzt wurden. Von den Personen, welche die Rettung der „Ganja“ erfassen konnten, kletterten mehrere, den Untergang des „Primus“ voraussehend, auf die „Ganja“ über.

Nach der allgemeinen Darstellung spotteten die Szenen, die sich in wenigen Augenblicken abspielten, jeder Beleidigung. Aus den Knäulen drängten, zu mannsbahren Knäulen zusammengedrückt, die Fahrgäste, die jedoch noch in bester Laune zusammengedrückt, getrunken und gesungen hatten, nach oben. Neben Szenen der wildsten Panik, welche die Welt im Menschen entfesselt und nur um das eigene Leben ohne Rücksicht auf das der gleichfalls gefährdeten Nebenmenschen kämpft, geschahen Thaten des aufopferndsten Heroismus,

Eltern retteten, unbeschadet um die höchste Gefahr, in der ihre eigene Leben schwebten, ihre Kinder. Freunde standen den Freunden bei. Vor allem suchten die jungen Leute des Klubs auch die Damen in Sicherheit zu bringen. In manchen Fällen gelang das, in anderen blühten die wackeren Retter selber ihr Leben dabei ein, oder sie kamen zu Schaden. Natürlich drängte alles in wilder Hast nach den Eisenwänden der „Hansa“, die jetzt als einzige Hilfe erschienen. Raucher, der an den von Bord der „Hansa“ herabgelassenen Tauern in die Höhe gezogen werden sollte, wurde von den in Todesangst hinter ihm stehenden Unglücklichen wieder heruntergezerrt, fiel ins Wasser und ertrank oder erlitt schwere Quetschungen. Viele kamen überhaupt nicht an die rettenden Tauen heran, sondern sanken mit dem Schiff weg, das in wenigen Minuten durch das gewaltige See-land, das der Bug der „Hansa“ mit sich durch den Stadtkanal hindurch gestochen hatte. Die Stätte der furchtbaren Katastrophe hallte wider von dem Hilferufe der Schwimmenden, dem Rufen der Versinkenden, dem Jausen der Retter.

Eine weitere Meldung besagt: Vom Vorstände des Gesangsvereins „Freue“ ist bis nachmittags 4 Uhr die Zahl der Vermissten und Ertrunkenen auf 104 Personen festgestellt worden. Heute Abend finden in Elbfeld Versammlungen statt, um eine gemeinsame Hilfsaktion zu organisieren. Schon jetzt sind bei den hiesigen Zeitungen namhafte Beiträge zur Unterstützung der Hinterbliebenen eingegangen, die später einem Ausschuss übergeben werden sollen.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 3. August 1902. Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokal-Kommission von Berlin und Umgebung, Änderungen und Neuauflagen bis spätestens Freitag, den 25. Juli 1902, einzuwenden zu wollen: für „Teltow-Beskow“ an den Genossen Hermann Schliebig in Brlg., Jahnstr. 2; für „Nieder-Barnim“ an den Genossen Otto Niede in Friedrichshagen, Victoriastr. 4; für „Potsdam-Ost-Haveland“ an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstraße 9; für „Diverse Orte“ an den Genossen Gustav Stein in Wriezen a. O., Frankfurterstr. 32, sowie für Berlin an den Genossen Wilhelm Ding, Prinzenstr. 66, S. 14.

Die Genossen werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Einwendungen umgehend zu befragen, da spätere Einwendungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Nachträge können in der Folge nicht mehr veröffentlicht werden. Vielmehr ist es in den letzten Wochen dargefallen, daß Zuschriften in „Lokalangelegenheiten“ an die Redaktion des „Vorwärts“ gelangt worden sind; wir teilen daher den Genossen mit, daß alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Wilhelm Ding, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten sind und nicht an die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Parteiblätter der genannten Kreise werden im Abdruck ersucht. Die Lokal-Kommission.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis.** Sonntag, den 27. Juli, Ausflug nach Friedrichshagen. Treffpunkt vormittags 10 Uhr, Prinzenallee 30, im Dubes-Festale. Nachzügler werden bis 2 Uhr dafelbst erwartet.

**Ober-Schöneweide.** Heute, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, findet bei Anshold die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

## Tokales.

### Der Minister v. Hammerstein und das Wohnungsdefizit.

Der Beamtenwohnungs-Verein feierte am Sonntagabend in Wilmerdorf die Grundsteinlegung eines neuen Baues. Das Fest erhielt dadurch einen besonders festlichen Charakter, daß diesmal auch die Spitzen der Behörden erschienen waren, um der Grundsteinlegung die höhere Weihe zu geben. So war der Polizeipräsident von Berlin, Herr v. Windheim, in eigener Person anwesend, ja er hatte, um den Vereinsbestrebungen eine besondere Huld kundzutun, auch die Kapelle der Schützmannschaft nach Wilmerdorf befohlen, unter deren Klängen die Legung des Grundsteins vollzogen wurde. Aber mehr noch, sogar der Minister des Innern, Herr v. Hammerstein, hatte es sich nicht nehmen lassen, durch sein Erscheinen die warmen Sympathien zum Ausdruck zu bringen, die er den Bestrebungen des Vereins entgegenbringt. Der Herr Minister hatte es sogar übernommen, die eigentliche Festrede zu halten. Er führte etwa aus:

„Die schweren Mißstände des Berliner Wohnungswesens“, so begann er, „haben Sie, meine Herren, veranlaßt, selbst Hand anzulegen, um zu bessern und zu helfen. So schufen Sie den Beamten-Wohnungsverein. Er ist noch sehr jung an Jahren, aber reich an Erfahrungen und Erfolgen. Draußen in Steglitz steht ein Haus, das bereits bezogen ist. Ein anderes wird seiner Veranlagung bald übergeben werden. Und wie im Westen bauen Sie im Norden und nun stehen wir wieder hier im Westen, um ein neues gewaltiges Werk zu beginnen, das aber auch nur ein Vorläufer für weitere Unternehmungen sein soll. Ja, das nenne ich planmäßig und zielbewußt arbeiten! Von 1000 ist Ihre Mitgliederzahl auf 6000 gestiegen. Ihre Vermögen aber hat seit dem Begründungsjahr gar sich verdanzigfachen. Denn es hat von 40 000 M. auf 800 000 M. sich vermehrt. Ich beglückwünsche den Verein hierzu. Sie haben es wohl erkannt, daß auf der Selbsthilfe Ihre Heil beruht. Das gemüthliche Heim, das ich's, das wir Deutsche alle erstreben. Aber gerade der Beamte sehnt sich danach, und die Gemüthlichkeit hat ein Interesse daran, daß der Beamte ein ruhiges, gesichertes Heim habe, und daß er sich nicht beim Raben jedes Quartalswechsels wie der Vogel auf dem Dache sich fühle. ... Darum soll der Verein, so weit es an mir liegt, fest unterstützt werden. (Bravo!) Staats-hilfe und Selbsthilfe — für das erprobte Zusammenwirken beider wird hier ein Beispiel gegeben. Die Beamten gehören nun einmal zusammen. Vom Minister herab bis zum letzten Angestellten fühlen wir uns alle eins, und das einigende Band heißt die Beamtenlehre. Im Besitze dieser Ehre soll jeder Beamte aber auch freudig und zufrieden arbeiten. Den alten, treuen deutschen Beamtenstand, ihn wollen wir uns erhalten. Dann wird dort immerdar wie heute jubelndes Wiederhall der Ruf ertönen: Unser allergrößter Herr, Kaiser Wilhelm II., er lebe hoch!“

Der Herr Minister hatte recht, den Beamten zu sagen, daß auf der Selbsthilfe ihr Heil beruhe. Denn die Staatshilfe für die Beamten-Vaagenoffenschaft besteht schließlich nur darin, daß der Staat die erworbenen Grundstücke mit einer mäßigen Hypothek belehnt. Selbstam ist es gegenüber dieser Anpreisung der Selbsthilfe dann nur, daß der Staat in jeder anderen Beziehung die Selbsthilfe seiner Beamten so streng verpönt. Vaagenoffenschaft, die den Beamten ein billiges Wohnen ermöglicht und damit dem Staate die sonst unabweisbare Pflicht abnimmt, die Gehälter im Tempo der Preissteigerungen aufzubessern, dürfen die Beamten gründen; sobald sie sich aber nach dem Prinzip der Selbsthilfe zu organisieren und gar an die Gesetzgebung zu petitionieren wagen, so hat es mit der manchesterlichen Theorie der Selbsthilfe ein Ende und das patriarchalische Regiment beginnt. In die Rechnung dieses schönen Patriarchalismus klingt denn auch die Rede des Herrn v. Hammerstein aus: Jeder Beamte soll freudig und zufrieden arbeiten. Die Freudigkeit seines Arbeitens soll ihm das erhabene Bewußtsein gewähren, daß sie alle, vom

Minister herab bis zum letzten Unterbeamten „eins“ seien. Freilich nicht in ihren materiellen Interessen, in irgend welcher Art von Berufssolidarität, sondern in dem metaphysischen Begriff der „Beamtenlehre“. Etwa so, wie der Bettler und der Millionär „vor Gott“ ja auch nur „eins“ sind.

Im Herbst vorigen Jahres mußten wir berichten, daß der Fortschritt des Bau- und Sparvereins der in Gemeindefabrikbesitz beschäftigten Arbeiter und Angestellten den Verkauf eines in der Nähe des Friedrichshager Bahnhofs gelegenen Waldstücks als „überhaupt nicht verläßlich“ verteidigen konnte, obwohl es ebendam zum Verkauf gestanden hatte, und das, trotzdem der Vorstand des Vereins sich beim Ministerium beschwert hatte. In diesem Jahre schwärmte der preussische Minister förmlich für die Beamten-Vaagenoffen, freilich nur „soweit es an mir liegt“. Hoffentlich ist sein Einfluß im Ministerium denn doch nicht allzu gering.

Uebrigens soll Herr v. Hammerstein nach der Meldung eines Blattes auch noch in anderer Weise seine Vorliebe für patriarchalische Gelehrtheit haben. An den Ortsgewaltigen von Wilmerdorf soll er nämlich die humorvolle Frage gerichtet haben:

„Mal halten Sie in Ihrer Gemeinde auch die Bügel recht straff? Ich liebe es, daß man die Bügel straff hält. Man laim dabei fremdlich sein, aber immer stramm!“ Und hierbei ahnte der Minister die Handbewegung eines Rosslenkers nach, der sein Pferd fest an die Leinen im T. Der Herr Polizeiminister scheint sich danach noch immer als Bezirkspräsident von Elsf. Lothringen zu fühlen, als welcher er noch im vergangenen Jahre einer Gewerkschafts-Delegation gegenüber das löbliche Wort prägte: „Wir haben hier genug mit den Franzosen zu thun und keine Zeit, nun uns auch noch mit den Arbeitern abzugeben.“

Auf der ganzen Linie gefiegt haben die Münchener Kellnerinnen, die den Schützenfestwert Mettschlag und seinen Agenten bisher verklagt hatten, weil sie statt 30 M. Reisegeld nur 10 M. erhalten sollten. Das Gewerbegericht beurteilte die Beklagten, den 26. September um je 30 M. sofort zu zahlen. Nachdem das Geld herbeigebracht war, erhielten es die Siegerinnen im Streit auf der Stelle. Dafür waren sie denn auch großmütig genug, den Wert für den Sonntag aus der Verlegenheit zu helfen. Auf sein Bitten nahmen sie für diesen einen Tag die niedergelegte Arbeit noch einmal wieder auf, um gestern nach der Heimat abzumüssen.

Der Unterleitungsbetrieb für die Ringbahnlinie ist am gestrigen Tage auf der Siedle-Roonstraße-Potsdamerplatz aufgenommen worden, nachdem die Ausschaffarbeiten nach der Scharfstraße beendet sind. Die Wagen der Ringbahn sind ebenso wie diejenigen der Linie 9 mit festen Stromabnehmern versehen.

Die neuen Weichen der Großen Berliner Straßenbahn, welche zur Entlastung der Wagenführer dienen sollen, erweisen sich indirekt immer mehr als öffentliches Verkehrshindernis. Dieselben werden von einem besonders dazu angefertigten Weichensteller bedient. Derselbe steht zu diesem Zweck neben den Schienen mitten auf dem Fahrdamm und kann seinen Posten nicht verlassen. Das übrige Fuhrwerk ist demzufolge genötigt, um ihn herumzufahren bezw. ihm auszuweichen, was bei dem regen Fahrverkehr oft nicht möglich ist. Abgesehen von den Gefahren, denen dieser Beamte persönlich ausgesetzt ist, werden auch häufig durch die Unmöglichkeit des Ausweichens unliebsame Verkehrshindernisse hervorgerufen. Praktischer wäre es gewesen, wenn die Weichen durch einen unter dem Pflaster fortgeführten Mechanismus von der Vorbahnseite des Fahrdammes aus reguliert würden. Eine Vermehrung der oben gedachten Art von Weichen würde auf vielfachen Widerspruch stoßen.

Im dem ehemaligen Heim des Friedrichshager Gymnasiums, dem Hause Oberwasserstraße 10, Ecke der Alten Leipzigerstraße, beginnt der „Jahr der Zeit“ sich bemerkbar zu machen. Das aus dem 18. Jahrhundert stammende Gebäude, das auf kumpfigem Boden errichtet ist und auf Pfählen ruht, hat an der noch der Alten Leipzigerstraße hinanliegenden Seite mehrere, zum Teil bis 2 Zoll breite Risse bekommen, die zwar noch nicht als besorgniserregend angesehen werden, aber doch eine sorgfältige Ausbesserung nötig gemacht haben.

In dem Gerücht von einem dreifachen Morde gab ein Familiendrama Veranlassung, welches gestern in dem Stadtteil Moabit großes Aufsehen hervorrief. Keuchlich wie im Jahre 1880 der Schneider Konrad seine Frau und fünf Kinder durch Erhängen tötete, sollte der Stellmacher Otto Scholz seine Frau und zwei Kinder in seiner in der Wittkoderstraße 5 belegenen Wohnung erhängt haben. Es liegt jedoch, wie festgestellt ist, ein Doppel-Mordmord und Selbstmord seitens der Ehefrau vor. Scholz, welcher seit drei Jahren verheiratet ist und zwei Kinder, Knaben im Alter von 20 resp. 8 Monaten befaßt, lebte früher mit seiner Frau im besten Einvernehmen. In einem hiesigen Elektrizitätswerk angestellt, bezog der Stellmacher einen guten Wochenlohn, bis er vor etwa einem Jahre infolge Einschränkung des Betriebes entlassen wurde. Der hiermit verbundene Rückschlag in der Einnahme, der sich dadurch noch fühlbarer machte, daß Scholz öfter arbeitslos war, führte zu öfteren Zwistigkeiten zwischen dem Ehepaar und es kam häufiger zwischen ihnen zu Streitigkeiten, weil nach Auffassung der Frau, Scholz zu viel Lohngehalt befaßt. So kam es auch am Sonntagabend zwischen dem Ehepaar zu Differenzen, die der Stellmacher damit beendete, daß er die Wohnung verließ. Weder in der Nacht noch am folgenden Tage begab sich Sch. nach Hause; am Montagvormittag besuchte er seine Schwägerin, der er von dem Streit Mitteilung machte und diese begleitete ihn, um die Gatten auszusöhnen, nach seiner Wohnung. Hier langten sie gegen 1 1/2 Uhr nachmittags an. Da ihnen weder auf Kopfen noch Ringeln geöffnet wurde, ließ Scholz, demütigt, die Thür von einem Schlosser öffnen und den nun Eintretenden bot sich ein schrecklicher Anblick. An der Thürschwelle in der Nähe hing der ältere Knabe, während Frau Scholz, mit einem Seid um den Hals tot auf dem Boden lag. In dem anstehenden Schlafzimmer hing ebenfalls an der Thürschwelle die Leiche des jüngeren Kindes. Die sofort benachrichtigte Polizei stellte fest, daß die verzweifelte Frau zunächst ihre beiden Kinder und dann sich selbst erhängt haben muß. Sie hatte sich an einem Thürhaken aufgemüht, jedoch war der ziemlich dünne Strick gerissen, und so hatte die Unglückliche den Erstickungstod gefunden. Nach dem vorgeschrittenen Verwesungsprozeß der Leichen zu urteilen, ist die That am Sonntagabend oder in der Nacht zum Sonntag begangen worden. Ueber dieselbe Aufklärung gebende Briefe wurden in der Wohnung nicht vorgefunden. Die Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt und gestern abend nach der Morgne übergeführt. Die Wohnung des Scholz ist vorläufig polizeilich geschlossen worden.

Aus Nahrungsvorsorgen erschossen hat sich der 35 Jahre alte Kellner Adolf Friederichs, der mit seiner 29 Jahre alten Frau, die in Singpielbalken antritt, vor vier Jahren aus Kopenhagen nach Berlin kam und mit zwei Kindern im Alter von 1 und 4 Jahren in der Liechstr. 15 wohnte. Der Mann verdiente sehr wenig, obwohl er meistens beschäftigt war. Als er gestern abend kurz nach 11 Uhr wieder enttäuscht nach Hause kam, machte er auf dem Flur durch einen Revolvererschuß seinem Leben ein Ende.

Durch einen Sturz in den Keller schwer zu Schaden gekommen ist der 48 Jahre alte Sattler Paul Jost aus der Großen Frankfurterstraße Nr. 96. Der Mann hatte sich in der Scharfstraße Nr. 38, wo er arbeitete, in der Nähe einer Kellertreppel hingesezt, das Mittagessen, das ihm seine Frau brachte, zu ver-

zehren. Als er sich nach dem Essen erhob, dachte er nicht mehr an den Keller und fiel 18 Stufen hinunter. Zunächst in der Wohnung behandelt, mußte der Verunglückte in ein Krankenhaus übergeführt werden, da das Rückenmark verletzt ist.

Eine Messerstecherei spielte sich in der vergangenen Nacht in der Frankfurter Allee ab. In der Nähe des Fischen Bassalons kam es zwischen zwei berichtigten Kurchen, dem Arbeiter Raß, der sich selber als bacillischer Hiesel bezeichnete, und dem Mechaniker Stendal, der erst kürzlich, bei einem Ueberfall auf einen Gendarmen in Hummelburg einen Schuß durch die Hand davon trug, wegen einer Frauensperson zu einem Wortwechsel, der schließlich in eine regelrechte Messerstecherei ausartete. Stendal erhielt hierbei drei bedeutende Stiche. Einer brachte ihm eine schwere Wunde am Arm bei, durch die beiden andern wurde ihm die rechte sowie linke Wange vollständig durchstoßen. Dessen ungeachtet ging St. weiter auf seinen Gegner los, der ebenfalls Verletzungen davontrug, und es hätte bestimmt zu einem schlechten Ende geführt, wenn nicht Polizeibeamte zur Zeit auf dem Platze erschienen wären. St. wurde zu einer nachfolgenden Inafflation geschafft und verhandelt. Sein Gegner Raß war davongelaufen, doch wurden seine Personalien festgestellt, so daß er kaum der gerichtlichen Strafe wird entgehen können.

Durch andärrndes Gas betäubt. Ein schwerer Unfallsfall, welcher zu übertriebenen Gerüchten von einer Gasexplosion Veranlassung gab, hat gestern Dienstagnachmittag, in der Prenzlauer Allee stattgefunden. Dortselbst befindet sich an der Ecke der Saarbrückerstraße auf einer Anhöhe der Ausgans der Wöghofener Brauerei. Zwischen dem Ausgans zu demselben und der Prenzlauer Allee ist in der Wöghofung ein zwei Quadratmeter großer gemauerter Keller belegen, worin die Gaszuleitung und der Gasometer untergebracht ist. Nachdem schon seit einigen Tagen Gasgeruch wahrgenommen, sollte gestern die Gasleitung untersucht und der Gasometer gereinigt werden. Mit dieser Arbeit wurden der 37jährige Monteur Otto Maschala von der Kaiserlichen Gasometer-Fabrik in der Reuten Königsstraße und die Gasarbeiter Julius Morfschuh und Tsch von den städtischen Werken in der Danzigerstraße beauftragt. Als die drei Leute um 2 Uhr nachmittags die Kellertüre öffneten, strömte ihnen eine derartige Gasmenge entgegen, daß T. vor dem Betreten des Raumes warnte und nach der Gaszufuhr erlosch, um eine Luftpumpe zu holen. Die beiden andern begaben sich aber trotzdem in den Keller und, obwohl sie eine Wasserlampe nicht zur Hand hatten, um ausströmendes Gas abzuhalten, lösten sie doch den Kessel. Durch die Menge des aus dem Zehncentimeterrohr herausdringenden Gases wurden sie angehtlich betäubt. Zum Glück näherten sich mehrere Kinder der Kellertüröffnung, um den Arbeiten zuzusehen, und diese sahen die beiden betäubten Leute liegen. Die Kleinen schlugen Alarm und mehreren hinzukommenden Bräuern gelang es, die Verunglückten aus dem Keller herauszuziehen. Ein zufälligerweise in dem Lokal weilender Arzt leistete den Verunglückten die erste Hilfe. M. und R. wurden dann in fast hoffnungslosem Zustande mittels Droschke dem Krankenhaus Friedrichshagen zugeführt. Da man von dem Fortgehen des dritten Arbeiters nichts wußte, wurde die Feuerwehr alarmiert, deren Mannschaften mit Rauchhelmen in den Raum drangen und die Ergiftungsgefahr beseitigten.

Ein aufregender Vorgang, durch welchen eine spielende Kinderstube auf das Ärgste gefährdet und nur durch das mutige Einschreiten eines Arbeiters von dem fast sicheren Tode gerettet wurde, ereignete sich gestern vormittag in der Blumenstraße. Die Pferde eines Arbeitswagens der Belgischen Appretur-Anstalt, Blumenstraße 72, waren schon geworden und rasten, bald den Fahrdamm, bald den Bürgersteig entlang jagend, führerlos den Straßenzug hinunter. An der Marllinsstraße wurden gegenwärtig Kanalisationsarbeiten ausgeführt und hier spielten unmittelbar an der Kanalgrube etwa 10 Kinder. Direkt auf diese Stelle jagten die Tiere zu und eine Katastrophe erschien unvermeidlich, da die Kleinen weder nach rechts noch nach links ausweichen konnten. Im nächsten Moment mußten die Pferde den Sandhügel erreichen und dann mit den Kindern und Wagen in den Kanal hinabstürzen. Da — fast im letzten Augenblick — warf sich ein Arbeiter den rasenden Tieren entgegen und es gelang ihm auch, sich eine kurze Strecke mitschleifen lassend, sie kaum einen Meter vor der ängstlich zusammengedrängten Gruppe der Kleinen zum Stehen zu bringen. Ein brausendes Bravo lohnte dem mutigen Manne, an dessen Kamenschildstellung weder die Zuschauer, noch die später hinzukommenden Rutscher des Fuhrwerks dachten und der sich unerkannt entfernte.

Vom eignen Fuhrwerk wurde der Rutscher Raß aus der Brunnenstraße überfahren und lebensgefährlich verletzt. Als die Pferde vor dem Hause Stralauer Allee plötzlich schief anzogen, stürzte der Rutscher vom Volt und fiel vor die Vorderäder seines schweren Wagens, die ihm über Brust und Leib gingen. Schwer verletzt mußte er nach dem Krankenhause am Friedrichshagen übergeführt werden.

Ein Einbruchdiebstahl ist Montag am hellen Tage gegen 2 bis 3 Uhr in der Köpenickerstr. 6 verübt worden. Die Einbrecher ließen einen Regulator, Bilder und andere kleinere Gegenstände mitgehen. Geld fanden sie nicht vor.

Einbruchdiebstahl. In der Nacht vom 2. zum 3. Juli wurde bei dem Feisier Hermann Altdorf, Unter den Linden 59a, ein äußerst dreister Einbruchdiebstahl verübt. Nach den Aussagen des Verhafteten müssen die Diebe mit den Verklägten auf das genaueste vertraut gewesen sein. Sie sind von der Straße, welche um die Nachtmittel gerade auf dieser Seite sehr wenig belebt ist, aus durch die Kadenstür eingebrochen und haben in dem Laden des Feisiers wie die Bandalen gehandelt. An barem Gelde haben sie über 1800 M. mitgenommen, ferner eine goldene Kette im Werte von 300 M., sowie eine große Anzahl diverser Schmuckstücke und Schmuckgegenstände. Auch das Handwerkzeug des einen Gehilfen im Werte von etwa 80 M. war spurlos verschwunden. Der Dieb ist zum Teil durch Verhaftung gedeckt und dürfte daher den Verlust schon versänert haben, während der Gehilfe leer ausgegangen ist, da er mit seinen Privatfachen nicht verhaftet ist. Der Verdacht der Täterschaft lastete sich auf einem am 1. Juli entlassenen Gehilfen, der in Unmöglichkeit von seinem Chef geschieden war. Die angestellten Vermittelungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Warnung vor einer Schlafstelenleichen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Hier und in den Vororten schiebt eine Frauensperson, die sich fast immer Margarete Klein und Krüger nennt und beim Richten der Schlafstelen angeht, in hiesigen Wöghofen angetrefft zu sein. Trotzdem die Person der Kriminalpolizei bekannt ist, wird ihre Festnahme dadurch erschwert, daß sie von einer Schlafstelen in die andre zieht, nach einigen Tagen stiehlt und verschwindet. Alle Wohnungen, bei Aufnahme fremder Personen Vorsicht zu üben, haben bisher nichts gefürchtet. Die Diebin ist 18 Jahre alt, giebt aber ihr Alter auf 23 Jahre an, ist schwächlich und klein, hat hellblondes, glattgelammtes Haar und starken Ausschlag auf dem Kopf. Sie ist bekleidet mit schwarzem Rock, der mit blau Atlasstreifen besetzt ist, einer weißen, blau unterlegten Mullbluse und weißem Florentinerhut mit blauen oder weißen Blumen und ferner mit schmutzigen gelben Schuhen.

Hunde auf der Hochbahn. Auf der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn ist es in letzter Zeit einige Male vorgekommen, daß Hunde auf den Haltestellen von den Bahnsteigen auf die überleitenden Geleise hinabgesprungen sind. Sie konnten dann nur schwer wieder auf den ziemlich hochliegenden Bahnsteig gelangen. Bei diesem Verstoß sind sie außerdem der Gefahr ausgesetzt, von einem einfahrenden Zuge überfahren zu werden oder mit der Stromföhne in Verührung zu kommen, deren Spannung für die Tiere lebensgefährlich ist. So hat, wie erinnerlich, in den ersten Tagen nach der Eröffnung der Hochbahn ein Tadel seine elektrotechnische Unwissenheit als erstes und bis heute einziges „Opfer“ der Hochbahn auf diese Weise mit dem Tode gebüht. Um nun die Besitzer von Hunden vor deren Verlust zu bewahren, hat die Betriebsverwaltung der Hochbahn auf den Haltestellen in die

Kugen fallende rote Plakate ausgehängt mit der Aufschrift: „Hunde sind an der Leine zu führen.“ Das Betriebspersonal ist angewiesen worden, Hunde, die nicht an der Leine geführt oder auf dem Arm getragen werden, von der Beförderung auszuschließen. Im eigenen Interesse der Besitzer von Hunden wird es liegen, dieser Bestimmung nachzukommen.

**Feuerbericht.** Dienstag früh hatte die Wehr längere Zeit am Schönberger Ufer 41 zu thun, wo Schafede, Palkanlage und Subboden in einem Restaurationskeller brannten. Bald darauf wurde sie nach Schönhauser Allee 72 gerufen, um zwei Pferde, die in einen Schacht gestürzt waren, zu befreien. Es gelang auch, die Tiere unbeschädigt herauszuholen. Ein größerer Pfeifenbrand erfolgte Vorjäger, 8 in einem Keller. Um die vollständige Abdichtung zu ermöglichen, mussten die Kohlen umgepfeilt werden. Gleichzeitig mußte Probefest 90 ebenfalls ein Pfeifenbrand beseitigt werden. In der Wilhelmstr. 29 wurden Möbel durch Feuer beschädigt, ebenso Petristr. 14. Kleine Brände wurden dann noch von Stephanstr. 41 und Wipstr. 27 gemeldet.

**Der Verein von Freunden der Trepow-Sternwarte.** G. B. beschäftigt heute Mittwoch, den 23. Juli, nachmittags 3 Uhr, das Cabinet der Trepow-Sternwarte der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft. Es sollen die Funktionen von Magnet- und funktentelegraphischen Apparaten, das Relaiswerk, das Telegraphierwerk ohne Trakt etc. in Augenblicke genannt werden. Abends wird auf der Trepow-Sternwarte den Mitgliedern und Gästen im Nebentrakt der Mond, Jupiter und Saturn gezeigt. Der Verein zählt bereits 350 Mitglieder, die auch bei einem Jahresbeitrag von 12 Mark die vom Direktor Knudsen herausgegebene illustrierte Zeitschrift „Das Weltall“ erhalten.

**Für den Großen Preis von Friedenau,** der im Sportpark Friedenau am Sonntag, den 3. August cr. in der Zeit eines 6 Stunden-Wetzel-Oberprezes der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft. Es sollen die Funktionen von Magnet- und funktentelegraphischen Apparaten, das Relaiswerk, das Telegraphierwerk ohne Trakt etc. in Augenblicke genannt werden. Abends wird auf der Trepow-Sternwarte den Mitgliedern und Gästen im Nebentrakt der Mond, Jupiter und Saturn gezeigt. Der Verein zählt bereits 350 Mitglieder, die auch bei einem Jahresbeitrag von 12 Mark die vom Direktor Knudsen herausgegebene illustrierte Zeitschrift „Das Weltall“ erhalten.

### Aus den Nachbarorten.

#### Höhlenbewohner.

„Allerlei Zustände schreien ja auf der Chaussee zwischen Pichoben und Werder zu herrschen,“ so melden bürgerliche Zeitungen. Es haben sich dort viele Steinlocher in Ermangelung eines besseren Unterkommens Erdhöhlen gebaut, die ihnen als Wohnräume dienen. Auf der ganzen Chaussee entlang liegen diese Höhlen zerstreut. Von außen nur als kleiner schmaler Eingang sichtbar, erweitern sie sich nach dem Innern zu und erreichen in ihrer Höchstdicke ungefähr zwei Meter. Um dem Einsitzen vorzubeugen, haben sich die wie Zigener lebenden Chaussee-Arbeiter ihre Behausungen mit Resten abgestützt, während sie sich gegen eindringenden Regen durch Lumpen und Gezwige schützen. Wer im Grunde ist, sich dieses Leben der zumeist polnischen Arbeiter anzusehen, wird sich vorstellen können, in welcher Weise auch dadurch die „Allgemeinheit“ (1) gefährdet wird. Wie leicht können durch derartige Zustände die gefährlichsten Seuchen ausbrechen und in Dörfer und Städte getragen werden. Behördlicherseits sollen daher jetzt auch Maßnahmen gegen diese Mißstände getroffen worden sein.“

Worin wohl diese Maßnahmen bestehen werden? In der Beschaffung guter gesunder Unterkunftsplätze für die betreffenden Arbeiter? Oder ob man einfach das Wohnen der Erdlöcher von Polizei wegen verbieten wird? Interessant wäre es auch, zu erfahren, welche Löhne diesen Arbeitern gezahlt werden. Sicherlich derartige, daß deutsche Proletarier nur dann die Arbeit übernehmen, wenn sie auf dem tiefsten Niveau des Stands angelangt und gewillt sind, ebenfalls in schmutzigen Erdlöchern zu hausen.

**Wilmersdorf.** Das Volksfest der Wilmersdorfer Parteigenossen, im „Wirtshaus zum Schwan“, hat die Schmagendorfer Polizei in großer Aufregung versetzt. In den Nachmittagsstunden erschien ein großes Aufgebot Gendarmen, welche von den umliegenden Orten hierher beordert waren, um bei eventuellen revolutionären Erscheinungen einschreiten zu können. Freilich hat das Fest im Wesen der ordnungsliebenden Polizei seinen gewöhnlichen, ordnungsmäßigen Verlauf genommen. Vermutlich wird deshalb bei späteren ähnlichen Anlässen die dortige Polizei ihr Erscheinen im großen Maßstabe für überflüssig erachten, fehlt doch der alte Ort Schmagendorf noch immer auf demselben Fleck, trotz des stattgefundenen „roten“ Festes.

**Die Dichtplumbaruntersuchung** gegen den Vizebürgermeister Regling und dessen Sekretär Vaar ist jetzt eingeleitet worden und hat der erste Vernehmungstermin in Potsdam stattgefunden. Weder Regling noch Vaar wollen ungerichtete Handlungen vorgenommen haben und sind bisher noch im Amte. Die Anschuldigungen gehen dahin, daß der Gemeindevorsteher 1000, sein Sekretär 500 M. als Gratifikation für Grundstücksauflösungen und Verkäufe angenommen haben sollen.

**Kein „Niekemal“ mehr.** In dem bei der Station Hirschgarten belegenen Niekemal sind gegenwärtig insgesamt nur drei Bauern und zwei Wirtshäuser vorhanden. Schule und Kirche fehlen und bildet Niekemal daher noch keine eigene Gemeinde, obgleich etwa 1000 Grundbesitzer vorhanden sind, die dort Gelände zumeist späterer Bebauung oder zur Spekulation angekauft haben. Da zu erwarten ist, daß mit der Bebauung von Niekemal und der Entwicklung des Friedens zu einer Villenkolonie in nächster Zeit begonnen wird, so wollen die Interessenten, weil der Name „Niekemal“, welche Bezeichnung von Friedrich dem Großen herrühren soll, einen komischen Beigeschmack hat, bei den Behörden beantragen die Kolonie „Nien-Hirschgarten“ oder „Friedenshof“ zu nennen.

**Die neue Eisenbahnbrücke über den Teltowkanal,** welche im Zuge der Stammbahn Berlin-Potsdam bei Knochensand erbaut wurde, ist am Montag vollendet worden, so daß in den nächsten Tagen die Züge über dieselbe fahren können, worauf dann die Befreiung des provisorisch angelegten Eisenbahndammes und der

Durchbruch des Kanals vom Griebnitzer nach der Teltowbrücke erfolgt. Auch die übrigen Brückenbauten bei Knochensand scheitern rüstig vorwärts. Die Chausseebrücke nach Wannsee zu hat bereits ihre Eisenkonstruktion erhalten, die Brücke über welche die Westfälische Eisenbahn geht, ist fundamementiert und an der Doppelbrücke der Wannseebrücke bereits ein Pfeiler fertiggestellt. Auch bei Albrechts Theerofen, wo das Sumpfercain und eindringendes Wasser die Arbeiten erschwert, arbeiten die Arbeiter an dem Brückenbau.

**Bei der Potsdamer Schuhmannschaft** herrscht, wie eine Korrespondenz meldet, große Unzufriedenheit mit der neuen, seit dem 15. Juli eingeführten Dienstordnung. Der neue Polizei-Inspektor Freiherr v. Kleist, der früher Polizeikommandant in Berlin war, hat die Dienstordnung nach Berliner Muster eingeführt, dabei aber nicht in Betracht gezogen, daß sich in Potsdam die Durchführung derselben schwieriger gestalten, weil den einzelnen Polizeirevierern nicht so viel Beamte zur Verfügung stehen, wie in Berlin. Die Schuhmänner müssen jetzt 48 Stunden im Dienst bleiben und haben während dieser Zeit entweder Wachen- oder Straßendienst. Die bisherigen an verschiedenen Straßenecken ständig vorhandenen Schuhmannsposten sind, bis auf vereinzelte, eingezogen. Die Schuhmänner müssen hin und her auf den Straßen patrouillieren, und zwar immer auf der rechten Seite an der Vorderseite des Straßendammes entlang. Sie behaupten nun, daß die ihnen zugewiesenen Strafen, namentlich zur Nachtzeit, so ungedeutet sind, daß sie unvorsichtlich Geschwindigkeitsstrafen laufen müssen, um dieselben abzapfrouillieren. Dadurch soll es kommen, daß die Schuhmänner an jedem dritten Tag, den sie gänzlich frei haben, so abgespannt und matt seien, daß sie fast die ganze Zeit mit Schlafen zubrachten. Es sollen sich infolge des anstrengenden Dienstes schon verschiedene Schuhmänner krank melden müssen.

### Versammlungen.

**Der Verband der Möbelpolierer** hielt am Montag eine gutbesuchte öffentliche Versammlung in der „Königsbahn“ ab. Genosse Barantch sprach über die Kampfe der Holzarbeiter gegen den Innungsdruck und behandelte im Anschluß daran die Frage: „Ist es unsere Pflicht, die arbeitslosen Kollegen zu unterstützen?“ Redner betont, die Herbeiführung einer öffentlichen Aussprache über diese Frage sei erforderlich, weil es eine Anzahl Kollegen gäbe, welche unter der Hand den Kampf als aussichtslos bezeichnen und die weitere Zahlung des zur Unterstützung der arbeitslosen Kollegen notwendigen Extrabeitrages von 50 Pf. pro Woche für überflüssig erklären. Unter Verweisung auf jene lampenmäßigen Bestimmungen hätten nun die Teilnehmer in ihrem Fachorgan gefordert, als sei der Sieg ihnen bereits sicher. In sie suchten die Sache sogar so darzustellen, als hätten sie die geplante allgemeine Ansprache lediglich deshalb aufgegeben, weil die Mehrheit der Gesellen schon längst den Arbeitsnachweis der Innung anerkennt und in Anspruch nimmt. Diese Darstellung sowohl wie auch die sonstigen Reden betrafen die Zahl der durch den Innungsdruck plattierten Gesellen beruhte nun allerdings auf einer arge Selbsttäuschung der Obergesellen, was auch schon ein großer Teil der klar blickenden Meister eingesehen habe. Trotzdem aber könne es die allgemeine Kampfesfreude nicht erhöhen, wenn sich ein Teil der Kollegen aus purer Kleinlichkeit weigere, für ihre infolge des Kampfes arbeitslos gewordenen Brüder das geringe Opfer von wöchentlich 50 Pf. zu bringen. Gerade der Umstand, daß der Verbandskasse bereits ca. 4000 M. für Unterstützungszwecke entnommen seien, müsse die Kollegen anspornen, etwas tiefer in die Tasche zu greifen, denn hier handle es sich darum, dem Interessenkonflikt der Unternehmer gegenüber den Rechtskampf der Arbeiter mit Ausdauer und Beharrlichkeit siegreich zu Ende zu führen. (Lebhafte Beifall.) Sämtliche Diskussionen sprachen sich für die Weiterzahlung des Extrabeitrages aus. Nicht diejenigen brähten ein Opfer, die von ihrem Verdienst 50 Pf. zu Unterstützungszwecken hergeben, sondern das größte Opfer brähten die Feiernden, die trotz aller Entbehrungen standhaft dem Arbeitsnachweis in der Alexanderstraße fernblieben. Lebhaftig wurde es sich in nächster Zeit aus bald entscheiden, ob die Innung überhaupt berechtigt sei, Strafen über solche Meister zu verhängen, die ihre Gesellen nach wie vor durch den Arbeitsnachweis des Verbandes beziehen. In Innungsangelegenheiten müsse man der diesbezüglichen Entscheidung der Aufsichtsbehörde selbst mit sehr genauem Entschlossenheit entgegenstellen, denn man höre und lese wohl, daß Strafen über diese oder jene Meister verhängt seien, niemals aber davon, daß diese Strafen auch bezahlt werden. Die Unzufriedenheit mit dem dikatorischen Vorgehen der Haupt-Innungsbehörden greife unter den Meistern immer weiter um sich; deshalb sei auch von der geplanten Ansprache Abstand genommen worden. Man dürfe es nicht dahin kommen lassen, daß die Innung unter der Maske des Arbeitsnachweises ihr geheimes Maßregelbureau immer weiter ausbaue. Nach einige Worten standhaften Ausdauern, dann wurde die Ratweiserfrage sicher im Sinne der Arbeiter geregelt sein.

Eine Resolution, in welcher die Anwesenden geloben, den Kampf energisch weiter zu führen und auch fernerhin die ihnen auferlegten Extrabeiträge zu entrichten, fand einstimmige Annahme. Zum Schluß hob der Vorsitzende Ritsche noch hervor, daß die Stimmung der Versammlung auf die anwesenden Abgeordneten der Innung jedenfalls wohl einen andern Eindruck gemacht habe, als diese vielleicht vorher erwartet haben mochten.

**Eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung** tagte am Montag in Cognac großer Saal in der Weitsstraße. Der Meisterei Schaumburg aus Hamburg, der zunächst eine Uebersicht über die Lohnbewegungen im Schuhmachergewerbe gab, wies nach, daß es den Schuhmachern durchaus nicht allzu schwer geworden ist, ihre Forderungen durchzusetzen, daß es ihnen aber in vielen Fällen nicht gelungen ist, die erlangten Vorteile festzuhalten, weil es hierzu an dem nötigen Zusammenhalt unter ihnen mangelte. Es sei völlig falsch, anzunehmen, daß im Kleingewerbe, dessen völlige Befreiung vorläufig nicht zu erwarten sei, nichts mehr zu erreichen wäre. Die Zahl der Jungen, die das Schuhmachergewerbe erlernen, nähme beständig ab und ebenso die Zahl der guten Arbeiter im Kleingewerbe, es sei thätig ein Mangel an solchen vorhanden. Eine Krise in dem Umfang, wie in andern Gewerben, sei hier nicht eingetreten. Darum liege keine Ursache vor, mutlos zu sein, die Gelegenheit, eine Verbesserung der wirtschaf-

lichen Lage durchzuführen, sei sogar günstig. Der Redner schließt mit der Mahnung, fest zusammenzuhalten und energisch am Ausbau der Organisation zu arbeiten. — In der sehr regen, den Ausführungen des Referenten entsprechenden Diskussion wurde besonders auf die traurigen Verhältnisse der Lehrlinge hingewiesen, die, wie ausgeführt wurde, im Schuhmachergewerbe noch mehr und gewissermaßen ausgebeuteter werden als in andern Gewerben, und nicht allein dem Meister, sondern auch der „Franz Meisterei“ in jeder Hinsicht dienlich gemacht werden, so daß von einer vollständigen Ausbildung im Berufe nicht mehr die Rede sein kann und darum auch der Mangel an guten Arbeitskräften leicht erklärlich ist.

**Die Freie Vereinigung der Kuppelreue, Pappdachdecker und Verputzmeister** hielt am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Kassierer Kloppe erstattete den Halbjahrsbericht. Eingegangen waren 950,55 M., dem gegenüber eine Ausgabe von 490,45 M. stand. Zum Kassierer wurde Herrmerichmidt gewählt. Die Eröffnung zweier Jahreshellen wurde in Aussicht genommen und zwar im Südwesten vom 22. bei Scholz, im Norden Schönhauser Allee 135 bei Komlow. — Nach einem Vortrage des Genossen Link über Bauarbeiterfrage wurde eine Resolution angenommen, die strenge Durchführung der bestehenden Schugvorschriften fordert und die Kollegen ersucht, alle Verträge gegen dieselben dem Vorstände mitzuteilen.

### Vermischtes.

**Ein Unwetter,** das am Montag in Ostpreußen tobte, hat in Bienen sowie in Ungarn, Steiermark, Salzburg, Tirol und Kärnten großen Schaden angerichtet. Viele Ortschaften stehen unter Wasser; auch Verluste an Menschenleben sind vorgekommen.

**Opfer der Hagelstürme in Kiew.** Die Zahl der bei dem Unwetter am Sonntag umgekommene Personen beträgt 19; zwei davon wurden vom Blitz erschlagen. Die Verluste der Hausbesitzer, der Kaufleute und der Besitzer von Gemüsegärten betragen mehrere hunderttausend Rubel. Der Schaden, den die Eisenbahn erlitten hat, ist ebenfalls beträchtlich.

**Ueberschwemmungen im Mississippi-Gebiet.** Einem Telegramm aus Keokuk (Iowa) zufolge hat der Mississippi oberhalb von St. Louis die Ufer überflutet und das demontierte Gebiet unter Wasser gesetzt. Die Ernte, welche als die beste im Bezirk galt, ist so tief unter Wasser, daß ein Dampfboot darüber fahren kann. Der Verlust wird auf sechs Millionen Dollar geschätzt.

**Ein furchtbarer Orkan** hat in Baltimore großen Schaden angerichtet, 12 Personen wurden getötet. Die Schiffe auf der See haben schwer gelitten.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift findet täglich mit Ausnahme des Sabbats von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends halt.

**Wette G.** Das betreffende Wette für Odbachlose wird von einer privaten Gesellschaft unterhalten.

**G. B.** Sei und nicht mehr in profitem Gebrauch. Geselliges Maß heute noch z. B. in Dänemark, wo etwas über 3 Quadratmeter auf die Quadratmeter kommen.

**G. H. Reichsberger.** Strafe haben Sie nicht zu erwarten, sind aber zur Zahlung der Rente verpflichtet auch wenn Sie nicht einzahlen. Versuchen Sie eine Einigung. — **S. L.** Da der Lehrvertrag nur mündlich geschlossen ist, können Sie von demselben zurücktreten, ohne daß Entschädigung verlangt oder die Maßnahme herbeigeführt werden kann. — **A. R. 1.** Das Abgordnetenmandat besteht aus 433 gewählten Mitgliedern, das Herrenhaus aus Mitgliedern, die auf Grund der Verordnung vom 12. Oktober 1854 dem Hause angehören, das sind die proklamierten Prinzen des preussischen Königshauses, Mitgliedern mit erblicher Berechtigung (eine Reihe Fürsten, Erbprinzen und Standesherrn) und vom König auf Lebenszeit Benannten. In dieser letzten Klasse gehören eine Reihe von Personen, die von Grafenverbänden, Konsuln, Familienverbänden, den Verbänden des alten und des besetzten Grenzgebietes, einer Bundes-Universität oder einer Reihe von Städten vorgeschlagen und vom König auf Lebenszeit berufen sind, sowie die sonst vom König Benannten. 2. Die Programme der verschiedenen Parteien finden Sie im Specht, die Reichstagsreden von 1867 bis 1897. — **H. Preusslan.** 1. Ja. 2. Nein. 3. und 4. Nein. 5. Legen Sie zunächst beim Magistrat Beschwerde ein. — **A. Albershof.** Das Patentschutzgesetz datiert vom 7. Juni 1871, ihm gilt § 25 des Patentschutzgesetzes vom 3. November 1838 voraus. Das erste Urteilsverhandlungs-Gesetz datiert vom 6. Juni 1884 mit Gesetzeskraft vom 1. Oktober 1885. — **M. Steffin.** Der Begriff ist sehr dehnbar.

**A. J.** Dem vorstehenden, von Ihnen nicht erzeugten Rinde Ihrer Ehefrau können Sie Ihren Namen beilegen. In diesem Besuche würden Sie etwa folgendes Schriftstück ausstellen: „Meine Ehefrau hat vor der Ehe ein nicht von mir erzeugtes Kind, Namens zc., geboren. Ich erziele hierdurch dem Rinde meiner Ehefrau meinen Namen, so daß es fortan (Namen zc.) heißen solle.“ Dies Schriftstück datieren Sie und lassen Ihre Unterschrift notariell oder gerichtl. beglaubigen. Darunter setzen Sie: „Mit der Erstellung des Namens (Ihr Name) an mein Kind bezieht sich mein Mündel bin ich einverstanden.“ Folgt Ort und Datum. Dies lassen Sie von Ihrer Ehefrau und dem Notar dem Rinde unterschreiben und auch durch Unterschriften notariell oder gerichtl. beglaubigen. Sodann überreichen Sie diese Urkunde dem Standesbeamten, in dessen Standesregister die Geburt des Kindes eingetragen ist und beantragen: auf Grund dieser Genehmigungskunde den Namen ... auf der Geburtsurkunde in ... (Ihr Name) umzuwandeln.

**Witterungsübersicht vom 22. Juli 1902, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. 2 m. 6 Uhr	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. 2 m. 6 Uhr
Bismarck	758	SW	—	bedeckt	15	Potsdam	755	SW	—	bedeckt	10
Hamburg	760	SW	2	bedeckt	15	Petersburg	758	SW	—	bedeckt	15
Berlin	762	SW	—	bedeckt	15	Warsz	762	SW	—	bedeckt	15
Frankf./M.	763	SW	1	wolkig	13	Wien	762	SW	—	bedeckt	12
München	764	SW	6	bed. bed.	13						
Wien	762	SW	6	bed. bed.	13						

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 23. Juli 1902.**  
Etwas wärmer, zunächst auflockernd, bei mäßigen südwestlichen Winden; später neue Trübung und leichter Regen.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Mittwoch, den 23. Juli.  
**Neues Opera-Theater (Kroll).** Baccaria. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Im Wiederholungs: Ostendach-Gefühl. (Dorthea. — Der Regimentskommandeur. — Die Gammweint. — Der Quast lacht.) Anfang 8 Uhr.  
**Wetten.** Die Brautleier. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Metro.** (Moritz-Oper.) Madine. Anfang 8 Uhr.  
**Neues.** Ledige Reute. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Weich.** Der Dämon. Hier auf: Sie. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der Reichthum. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Apollo.** Urania. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Vasage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
Vasage-Vasopium. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Urania.** Louisastr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Okeanide. Juwelenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Fröbels**  
**Allerlei-Theater**  
früher Pahlmann  
Schönhauser Allee No. 148.  
Heute und folgende Tage der einzig haltende  
**Jull-Spielplan**  
mit dem unübertrefflichen  
**Karl Braun**  
und dem allbeliebten  
**Hugo Scholz.**  
Um 8 Uhr: Großer Erfolg:  
**Die Weber.**  
Berliner Volkshaus mit Gefang.  
Täglich: Großer Ball.  
Anfang 5 Uhr. — Entrée 30 Pf.  
Mittwochs: Grosser Elito-Abend.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr. **Norwitz-Oper.**  
**Undine.**  
Donnerstag: Francesca Prevosti: **Traviata.** Freitag: **Die verkaufte Braut.** Kom. Oper in 3 Akten von Smetana. Nationaltänze von 16 Tänzern. Sonntag: Klassisch pop. Opernabend: **Fidello.**

**Reichshallen.**  
Täglich: **Stettiner Sänger.**  
Anfang: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr. Tageskasse 11-15 Uhr.

Regel, Pietro, Stettiner, Vortrefflich, seine, eigene, Stimme, manna, plattire x.

**Urania.**  
Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Die deutsche Ostseeküste.**  
Sommertheater  
**Marienbad**  
Badstr. 33/34, Gesundheitsbau.  
Täglich:  
Das erste Spezialitäten- und Theater-Programm. Großer Erfolg! Punkt 10 Uhr: Schlager!  
**Berlin wie's lebt und liebt**  
Entrée 20 Pf.  
Sonntags: Ball.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurtstr. 132.  
Täglich:  
**Der Dämon.**  
Hierauf: „Sie“, Radikale in 1 Akt von G. Schöler-Personi.  
Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Heute: Kinderfest. 2 Geschenke werden verlost.

**Prater-Theater**  
Kottbusstr. Allee 7-9.  
Täglich:  
**Lust und eine Nacht.**  
Phantastisches Märchen in 3 Akten von Hugo Schütz.  
Ballnettes. Catrin. Kottbus-Soubrette Paula Origatti. Grotesque-Komiker Senor U. Bernad. Miss Kitty. Sport-Hilf. Barslow-Troppe, Barriere-Kämpfer. Mr. Barling, led. Photographien. Bartlings elektrisches Feuer. (3000 Lichtkörper.) Konzert. Anfang 4 Uhr. Entrée 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.  
**Kalbo.**

**Apollo-Theater**  
Um 7 Uhr: Garten-Konzert.  
Um 8 Uhr: **Die grandiosen Spezialitäten.**  
Um 9 Uhr:  
**Lysistrata**  
Am 1. August Wiederauftreten von Robert Steidl.  
Kassoneröffnung 7 Uhr.

**Sanssouci**  
Kottbusstr. 4 n.  
Station der Hochbahn.  
Täglich im Garten bei ungenügender Witterung im Saal:  
**Kottmanns Norddeutsche Sänger und Konzert.**  
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Lust und eine Nacht.**  
Tanz frei!  
Anfang Sonntag 5 Uhr, Entrée 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags ab 9 Uhr. Entrée 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

**CASTANS Panoptikum**  
Friedrich-Strasse 165.  
Neu!  
Die Nordlandreise des Kaisers und Wanderungen durch London.  
Riesen-Projektionsbilder mit erläuterndem Vortrag.

**W. Noacks Theater.**  
Frimmenstraße 16.  
Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Bediegene Gesellschaft.  
Nur keine Männer!  
Burlade mit Gesang und Tanz von Berlin.  
Im Saal: Tanzkränzen.

**Max Klems Sommer-Theater.**  
Hasenheide 13-15.  
Artistischer Leiter: Gust. Bock.  
Täglich:  
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung  
Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm!  
Donnerstag: Elite-Tag.

**Schweizer Garten**  
Am Königsthor 43028  
Am Friedrichshain  
Täglich:  
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Täglich 5 bis 7 Uhr: Freier Damentanz.  
Jeden Abend 10 Uhr:  
Gente von heute.  
Große Hofe mit Gesang und Tanz

**Ostbahn-Park.**  
Am Kastrinerplatz, Rüdigersdorferstr. 71.  
Hermann Imbs.  
Täglich:  
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

**Passage-Theater.**  
Das glänzende Juli-Programm.  
**Willy Prager.**  
(Prolongiert!)  
16 neue erstkl. Nummern.  
**Passage-Panopticum.**  
Moles Pariser Marionetten-Theater.  
Das Assenweib.  
Seejungfer. Tigerknabe.

**Englischer Garten.**  
27 c. Alexanderstraße 27 c.  
Jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend: 4000\*  
**Ball!** Entree und Tanz frei!

**Verband der Maschinisten u. Heizer**  
sowie Berufsgenossen Deutschlands.  
(Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.)  
Sonnabend, 26. Juli, in der „Brauerei Friedrichshain“ (früh. Elpis)  
**Grosses Sommerfest**  
bestehend in

**Konzert und Theater-Vorstellung.**  
Auftreten des „Berliner Uk-Trio“.  
Reigenjahren des Arbeiter-Radfahr-Bereins „Courier“.  
**Sommernachts-Ball.**  
Den geehrten Damen steht die Kaffeeische von 3 Uhr ab zur Verfügung.  
Anfang des Konzerts 4 Uhr nachmittags. Entree 25 Pf.  
Billets sind zu haben bei: Schälke, Steinmeyerstr. 56 III; Lohmann, Sädingerstr. 8; Kochow, Hochmeisterstr. 18; Bennowitz, Rixdorf, Leffingstr. 19; Kochow, Reichensbergerstr. 107, sowie bei den Vorstandsmitgliedern und in den Kaffeeischen.  
Zahlreichen Besuch erwartet **Das Komitee.**

**Hagenbecks Malabarentruppe**  
Letzte Woche!  
Radrennbahn Kurfürstendamm.  
Vorstellung: 4, 6 und 8 Uhr.  
Eintritt 50 Pf. Kinder 20 Pf.  
Donnerstag: Indische Nacht, Brillant-Feuerwerk.

Hasenheide 109/114. **Neue Welt.** Arnold Scholz.  
Heute Mittwoch:  
**Drittes großes Ernte-Fest**  
verbunden mit Gratioserlesung, Souborren und Fadelung.  
Hauptgewinn für Knaben: Eine Silberne Herrenuhr. Hauptgewinn für Mädchen: Eine goldene Damenuhr. - Spezialitäten-Vorstellung. Sensationelles Programm. Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorlesung 5 Uhr. Eintritt 15 Pf. Kaffeeische 3 Regelmäßig. Russ. Russische. - Montag, den 28. Juli: Großes Sommerfest des Vereins eben. Ziertheater von Rixdorf u. Umgegend.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
Entree 1 M. v. 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstr. 58.  
Täglich: Das großartige neue Programm.  
**Willy Agoston.**  
Berlin auf Stehlen.  
Außerdem: Konzert, Theater, Spezialitäten.  
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.  
Vorzugsarten haben Günstigkeit.  
Kaffeeische. Im Saal: **Ball.**

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.**  
Dienstag, den 29. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal VIII):  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes, des Lehrer-Kollegiums und der Revisoren.  
2. Schul-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
4/19  
Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.

Sonntag, den 10. August:  
**Dampferfahrt mit Musik**  
nach Riegenhals bei Zenthen (Restaurant „Sportplatz“, Inhaber: Max Mörschel). Konzerte, Tanz, Spiele im Walde, Belustigungen aller Art für Groß und Klein. Abfahrt früh 7 1/2 Uhr von der Wannow-Brücke (Schultheiß-Restaurant). Billets a 1,20 M. (Kinder unter 14 Jahren frei) sind in den Kaffeeischen, sowie bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
(Zahlstelle Berlin).  
Donnerstag, 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Bauer, Rosenthalerstr. 57: 86/13  
**Branchen-Versammlung**  
der  
**Stellmacher.**  
Tages-Ordnung:  
1. Besprechung über Innungs-Krankenkasse. 2. Verbandssangelegenheiten.  
3. Verschiedenes.  
**Die Kommission.**

**Verein der Arbeiter u. Arbeiterinnen der Wäsche- u. Krawattenbranche Berlin u. Umg.**  
Mittwoch, den 23. Juli 1902, abends 8 Uhr, bei Schulz, Grenadierstr. 33:  
**Außerordentl. General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht. 2. Ertragwahlen: a) des 1. Kassierers und b) des 2. Schriftführers. 3. Vorlage und Diskussion eines Streikregulativs.  
4. Die Beitragsberechnung in unserer Orts-Krankenkasse. 5. Verschiedenes.  
251/6  
Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.  
Der wichtigen Tagesordnung wegen erwartet einen vollständigen Besuch  
**Der Vorstand.**

**Portieren**  
in Woll- und Filz  
**Gardinen Stores**  
und  
**Reste besond. billig**  
im 4702L  
**Ausverkauf**  
des seit 43 Jahren bestehenden Geschäfts von  
**A. Löwenthal**  
Berlin C.  
Breitestr. 20, Ecke Scharrenstrasse.

**Frauen-Begräbniskasse**  
der Schriftsteler-Gesellen  
zu Berlin. 200/17  
Dienstag, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr, bei  
Zimmermann, Wilhelmstraße 2.  
**General-Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Halbjahrs-Bericht. 2. Verschiedenes.  
Der Vorstand: J. K. H. Jost.

**Honig!** Unverfälscht. Deutscher  
Bienenhonig, best. Qualität.  
vers. die 10 Pfundbottle zu 6,50 M., 5 Pf. 4 M. franko. Garant. Rücknahme.  
**E. Reil, Nordloh, Bahnhof Auguststr., Oldenburg.**  
**Dr. Simmel, Prinzessstr. 41.**  
Spezialarzt für 25/17\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.  
Mühlenstrasse Nr. 8,  
an der Barchanstr., sind vom 1. Oktober ab billige Hofwohnungen von 2 Stuben etc. zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. 40930\*

**H. Saltzmann, Tabakfabrik und -Handlung,**  
Berlin S., Luisen-Ufer 3, am Engelbecken, gegründet 1863  
empfiehlt als Spezialität: 46883\*  
**Magdeburger und Nordhäuser Kautabak**  
sowie alle Sorten Rauch- und Schnupftabake.  
Billigste Preise! Lieferung frei ins Haus! Fernsprecher Amt IV 8513.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Schlosser  
**Otto Ernst**  
plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. d. Mts., abends 6 Uhr, von der Leichenhalle der Freiheitlichen Gemeinde, Groppe-Platz, aus statt. 9836  
Die trauernde Witwe Frau Ernst nebst Tochter und Schwiegersonn.

**Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Rixdorf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied  
**Emma Schilk**  
plötzlich verstorben ist.  
Ihre ihrem Andenken.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. d. Mts., 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes am Parthenberger Weg statt. Um rege Beteiligung bitten  
**Der Vorstand.**  
Treffpunkt 3 Uhr Hermanns- und Knefbeckstrassen-Ecke.

**Nachruf!**  
Unserm durch Mordhand so früh aus dem Leben geschiedenen teuren Sangesbruder, dem Schlosser  
**Arthur Retzlaff**  
rufen wir, da es nicht vergönnt war, an seinem Leichenbegängnis teilzunehmen, den letzten Scherzgruß zu.  
Die Mitglieder des Gesangsvereins  
**Myrthenblätter.**

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise der Teilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung meiner lieben unvergesslichen Frau **Marie Pardemann** sage ich allen Freunden, Bekannten und Kollegen, insbesondere dem Gesangsverein „Rote Kette I“ meinen herzlichsten Dank.  
10015  
**G. Pardemann** nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kräftigung bei der Beerdigung meines unvergesslichen Sohnes und Bruders, des Steinbruders **Otto Dzelak**, sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Verein der Steinbruder, Lithographen und Berufsgenossen, sowie der Firma Otto Scholz, den Kollegen und Personal derselben, ebenso den Kollegen der Firma W. Hagemann & Co. meinen tiefgefühltesten Dank.  
9915  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben**  
Größe Maßwahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reifkleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei  
**A. Karle, Waldemarstr. 66.**

**Central-Verband der Töpfer.**  
Filiale Berlin.  
Donnerstag, 24. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 2. Quartal. 2. Vortrag des Genossen Wiesenthal: „Aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.“ 3. Beschwerden über Umgehungen des Arbeitsnachweises. 4. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
**Der Vorstand.**

**Kleine Anzeigen.**  
Jedes 5 Pfennig.  
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.  
Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Deutscher-3 bis 4 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
Schankgeschäft, gutgehendes, 2 1/2 Hektar, 1/2 Weidwerk. Zu erfragen bei Dolz, Rixdorfstr. 23. 9768  
Waldparzellen, an Wiese und Wasser, verkauft Bestes Pfundbaum, Hermannsdorf, Lindenstraße 16. 8195\*  
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437\*  
Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II.  
Teppiche! (Leichter) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Haderstr. 4, Bahnhofs Vorle. 119/5\*  
Sportbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Reisekoffer, Bekleidungs-Handelshaus Rixdorfstr. 6. Teilzahlungen gestattet. \*  
2 Fahrräder sofort zu verkaufen. Klagen, Frankfurterstraße 20. 435\*  
Versilberte Uhren, goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden sportbillig verkauft. Alles Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Wandleiche Wingenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße. 10000\*  
Schankgeschäft sofort billig verkauft, voller Schank, wegen Verzug nach Kusterhald, Randerstraße 33, 9076\*  
Kolonne Baufeld, Ostbahnhofsstr. 60 Quadratmeter 600 Mark, Anzahlung 200, geländebereite Lage, verkauft Walter, Fischerstraße 12.  
Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 11778\*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte tadellost, räumungshalber sportbillig. Köpferstraße 60/61, Landbergerstraße 82. \*  
Große Betten, 11 Mark an, echt chinesische Mandarinenbaumens Pfund 1,00. Hofstr. 11, Landbergerstr. Nr. 37, I. 12018\*  
Teppiche mit Gardineletern, Fußbodenletern Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437\*  
Gastgeber! Einlochgastgeber 11,00, Zweiflochgastgeber 3,00. Geschlossene Gastgeber! 5,00. Gastplättchen! Gast-Bügelapparat! billig! Hofstr., Wandlertierstraße zweifunddreißig. \*  
Laudenbau! Gebrauchte neue Dreier, Rothholz, Katten, Beissen, Thüren, Fenster, Dachpappe, Abeer billig Kottbuscherdamm 22. 24596\*  
Steppdecken billig! Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437\*  
Schankgeschäft zu verkaufen. Walter, Bierabsteiger, Doppelnerstraße 43. 9945\*  
Schuhmacher Steppmaschine, sportbillig, würde eventuell dafür arbeiten lassen. Weyers, Landbergerstraße 60.  
Nähmaschinen, Werkzeuge etc. etc. Kontormaschinen-Kaufverlos Holzmarktstraße 20. 9936\*  
Nähmaschinen, sportbillig. Wandleiche Alexandrinenstraße 73. 308\*  
Fahrräder, gebrauchte, ungebrauchte, Saisonkleidung wegen sportbillig. Wandleichehaus, Seidelstraße 20. 9956  
Fingerbobbin, Phönixmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Wandleichehaus Seidelstraße 20. 9956  
Kleine Tischlerei zu verkaufen. Stubenrauchstraße Nr. 3, Schöneberg.  
Handelswagen nebst Zubehör verkauft Neuenhof, Wälder Ufer 6.  
Ringschiffchen, gut nähend, 30/9\*  
Reanderstraße 7.

**Vermischte Anzeigen.**  
Unfallfassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puyger, Engelstr. 65. 8885\*  
Rechtsbureau Habisch, Andreasstraße dreifunddreißig. Rechtsfälle, Eingabengeld, Materieteilung. 9706\*  
Brodhauslexikon und alle andern Bücher kauft, befehlt Antiquariat Kochstraße 58, I. Amt VI, 3397. \*  
Fahrradgeschäft, Kaylaff, Schönehauser Allee 163 a. 119/8\*  
Divulktion! Wer sich über diese nachlässige Grammatik unsere Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Divulktion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Lehrerverein, Königgrätzerstraße 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 161b\*  
Verkaus! Fehlfälle, Schwedterstr. 23, eine ganze Reihe von Sonnabend sind noch zu Festlichkeiten an Ber-eine etc. zu vergeben. 1218K\*  
Vereinzimmer, hier, Alte Jakobstraße 119. 1188K\*  
Vereinzimmer für 40 Personen noch einige Tage frei. Wadewig, Romanandantenstraße 65. 1202K\*  
Rechtsbureau, Vrochbeilhand, Eingabengeld, Materieteilung. Hofstr. 11, Landbergerstr. 82. 982b  
Geschreibungen, Unfallfassen, Rechtsfälle! Materieteilung. Minierstraße 36. 71/11  
75 Pfennige! Eingabengeld, Schenkungen, Strafsachen, Geschreibungen, Interventions-, Beleidigung-, Klamentenklagen, Unfallfassen, Zahlungsbefehle, Materieteilung. Wulfov, Stalitzerstraße 141. Abends geöffnet. 10056  
Wäsche jeder Art wird gemacht und geplättet. Frau Kurth, Schlemmerstraße 20. 701

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
Zaden mit anstehender häßlicher Wohnung, besonders für Gardier- und Friseur-Geschäft geeignet, preiswert zu vermieten. Rixdorf, Schöne-weiderstraße 7, Marint. 9848  
**Zimmer.**  
Zimmer für zwei Herren billig vermietbar. Heinrich, Bärwaldstraße 42.  
Leere Stube per 1. August. Kleiner, Willowstraße 56, 2. Hof parterre. \*  
Möbliertes Zimmer, auch Schlafstelle, Oberstraße 37, II rechts. 9856  
**Schlafstellen.**  
Freundliche Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten. Forsterstraße 54, Hof III, Dime Rosenthal.  
**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Parteiengasse, 23 Jahre, sucht Stelle in Redaktion oder Expedition einer Parteizeitung etc. Offerten unter B. 10 an J. Strauß, Bamberg, Untere Sandstraße 14. 9806  
Kleiner Stuhlrechter bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gezeichnet, werden abgeholt und unentgeltlich juristisch geliefert. Adresse: Kulackstraße 27, K. Wälder.

**Stellenangebote.**  
Gehilfliche Lebens- und Krankenversicherungs-Kassen-Gesellschaft (Kerstliche Unternehmung, keine sogenannte Volks-Krankenkasse) sucht thätige und tüchtige Mitarbeiter bei sehr anständigen Bezügen. Nur schriftliche, ausführliche Offerten erbeten: Otto Föls, Müllerstraße 163a.  
Rittermüller verlangt Offert, Gr. Sandbergerstraße 20. 119/9  
Goldbleiben. Tüchtiger Walzer, welcher auch Schleifen kann, wird verlos Köpenickerstraße 100a. 9888  
Kehring verlangt unter günstigen Bedingungen Klempnerei. Stralauerstraße 12. 9925\*  
Kreißler-Schneider, nur erste Kraft, verlangt Rixdorf Köpenickerstraße 37. 9976  
Ferdinand-Walzer verlangt Weibchen, Köpenickerstraße 47 b. 9995  
Damenkragen- und Manschetten-Arbeiterin verlangt Schönehauser Allee 124 b, vorn II. 791  
Kartonschneiderin, nur grübe, verlangt Rixdorf Köpenickerstraße 7. 9875\*  
Ausfertigerin und Kommode am Winter-Saal verlangt Keller, Rixdorf Köpenickerstraße 27 I. 9986  
Nähmaschinen auf bessere Stoffe und Paletots verlangt Brunnensstraße 139, Bruch. 9356\*  
Klempnerin auf bessere Stoffe und Paletots verlangt Brunnensstraße 139, Bruch. 9346\*

**Redakteur,**  
bereits seit einigen Jahren an einem Parteiblatt tätig, auf gewerkschaftlichem und kommunalem Gebiete erfahren, literarische Kenntnisse, in der Redaktionsführung versiert, geachteter Redner für Agitation etc., sucht Veränderungshalber andere Stellung. Offerten werden unter M. 3 an die Expedition erbeten. 46882\*

**Sofort gesucht.**  
Für den Expeditionsdienst eines Parteiblattes wird zu möglichst sofortigem Eintritt eine in Expeditionen bewanderte und in der Buchführung geschulte Hilfskraft gesucht. Anträgen mit Gehaltsansprüchen, Referenzen und Photographie erbeten unter Nr. 3 an Exp. des „Vorwärts“. 47012\*

**Berliner Hemden-Büglerin**  
per sofort in erste Zeitungs-Verwaltung zu dauernder Stellung gesucht. Höflicher Lohn und Beste-lungenverhältnis zugesichert. Gefällige Offerten an A. Hauelsen, Stutt-gart, Rothebühlstr. 67. 9936\*

**Achtung! Partettbodenleger!**  
Hiermit zur Kenntnis, daß die Firma H. u. A. Mittag den vollen Tarif wieder bezahlt. 86/12 Die Erdverwalter.

**Achtung! Holzarbeiter!**  
Gesucht sind folgende Werkstätten für Tischler, Maschinenarbeiter und Polster:  
A. Schulz, Kranstr. 15/19.  
Gumeluth, Diefenbacherstr. 33.  
Kübel u. Friedrichsen, Forststr. 43.  
Kübel u. Friedrichsen, Forststr. 59.  
Hermann Wolf, Waldemarstr. 27 und Behnken-Weer 6.  
83/3\* Die Erdverwalter.